

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran. Paris-9, Téléphone: Trudaine 46-52

Aus dem Inhalt:

Wenn Tyrannen reisen
Gefährlicher Konservatismus
Expropriation und Pogrom

Prix: Fr. 1,50

Der Block der Angreifer

Vorbereitung auf die Neuverteilung der Welt

Während die Toren noch immer davon reden, man müsse den Zerfall Europas in zwei einander feindliche ideologische Lager verhindern, zerfällt Europa bereits in zwei Blocks, die freilich nicht auf Ideologie beruhen, sondern auf sehr ernsten realen Gegensätzen, die gefährlicher sind als blosse Ideologien. In London ist bei der Zusammenkunft der englischen und der französischen Minister die bisherige politische Entente zu einer militärischen Defensiv-Allianz der beiden Staaten erweitert worden. Dieses Bündnis der Verteidigung kommt sehr spät; es ist erzwungen durch die politische und militärische Offensiv-Allianz, die zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland besteht.

Die Schwäche des englisch-französischen Bündnisses liegt auf politischem Gebiet. Niemand weiss, weder Freund noch Feind, wo die Grenze liegt, hinter der die Verbündeten zurückweichen werden, wie weit die Offensive der Gegner gehen kann, ohne dass die Verteidigung wirklich einsetzt. Das Gesetz des Handelns ist ganz auf die andere Machtgruppe übergegangen, und das bildet die Stärke der deutsch-italienischen Angriffsstellung. Sowohl Mussolini als Hitler haben in den in Rom gewechselten Trinksprüchen, wenn auch vielleicht mit verschiedener Lautstärke, erklärt, dass sie den jetzigen Friedenszustand nicht anerkennen. Der Block der 120 Millionen ist entschlossen, sagte Hitler, die Lebensansprüche und die natürlichen Entwicklungsnotwendigkeiten Deutschlands und Italiens gegen alle entgegenstehenden Kräfte durchzusetzen. Hitler hat davon gesprochen, dass die neue gemeinsame Grenze nicht nur das Glück einer dauernden und friedlichen Zusammenarbeit verbürge, sondern auch als Brücke für die gegenseitige Hilfe und Unterstützung dienen wird. Man kann sicher sein, dass in den Besprechungen der beiden Generalstäbe die technischen Details der militärischen Zusammenarbeit festgelegt werden.

Handelt es sich aber bei diesen erneuten Beteuerungen über die Festigkeit der Achse nicht doch um blosse Demonstration nach aussen? Sollen dadurch nicht bloss die Gegensätze verdeckt werden, die in Mitteleuropa und auf dem Balkan zwischen den beiden Mächten bestehen und auf die die westlichen Regierungen immer noch so grosse Hoffnungen setzen? Aber warum sollte das, was auf kolonialen Gebieten so häufig möglich war, nicht auch auf europäischem Gebiet möglich sein, nämlich die kürzere oder längere Ueberbrückung der Ge-

gensätze durch Schaffung bestimmter Einflusszonen? In der Tat spricht sehr viel dafür, dass das ein Hauptgegenstand der in Rom geführten Gespräche war und nichts spricht dafür, dass die Gespräche ergebnislos geblieben sind.

Diese Annahme ist umso berechtigter, als die englisch-französische Politik in ihrer neuesten Phase eine solche Entwicklung geradezu erleichtern muss. Am 7. Mai haben die Gesandten Englands und Frankreichs der tschechoslovakischen Regierung den Rat erteilt, sie möchte den sudetendeutschen Forderungen das weiteste Entgegenkommen beweisen, das mit der Unabhängigkeit und Integrität des tschechischen Staates vereinbar sei. Mag man für einen solchen Schritt noch so triftige Gründe anführen, mag man darauf hinweisen, dass nationale Zugeständnisse an die Sudetendeutschen sicher viel vernünftiger sind als die Entfesselung eines Krieges, so werden diese Argumente sofort hinfällig, wenn man die wirkliche Situation der Tschechoslovakei sich klar macht. Die Tschechoslovakei ist heute nur von feindlichen Nachbarn umgeben, von Deutschland, Polen und Ungarn, deren gleichgerichtete Politik, wenn nicht gegen ihre Existenz so sicher gegen ihre Selbständigkeit gerichtet ist. Die Autonomieforderung der Sudetendeutschen namentlich, bedeutet die Umwandlung des deutschen Gebiets in einen Teil des nationalsozialistischen Deutschlands. Ob diese Autonomie mehr oder weniger vollständig ist, ob sie innerhalb der gegenwärtigen Verfassung oder erst nach deren Abänderung zu verwirklichen ist, ist eine absolut untergeordnete Frage. Denn selbst wenn die von Henlein erhobene Forderung auf völlige und unkontrollierte Alleinherrschaft nicht restlos erfüllt wird, so haben die Erfahrungen in Danzig zur Genüge bewiesen, dass der nationalistische Terrorismus ausreichen würde, um in kurzer Zeit die völlige Beherrschung des Gebietes durchzusetzen. Die unerträgliche Vergewaltigung, der schon jetzt alle Nichtnationalsozialisten unterliegen, würde dann erst recht keine Schranken mehr finden. Jede von den Nationalsozialisten beherrschte Gemeinde würde rasch zu einem neuen Danzig, wo nur mehr eine Partei und eine Arbeitsfront geduldet werden. Im Namen der nationalen Freiheit der Deutschen würde die politische Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Bewohner genau so unterdrückt werden, wie in Deutschland oder in Danzig. Und auf diesen Weg wird die tschechoslovakische Regierung von den Westmächten gestossen!

Das bedeutet zugleich, dass das ganze Gebiet, das unter nationalsozialistischer, innerhalb Sudetendeutschlands zentralisierter und von Berlin aus dirigierter Verwaltung stehen wird, gleichzeitig ein ideales militärisches Aufmarschgebiet für Deutschland sein wird. Kann man sich einen Staat vorstellen, der stärker unter die Einflusszone eines übermächtigen Nachbarn gerät als es dann die Tschechoslovakei wäre?

Unter diesen Umständen von Mussolini zu erwarten, dass er einen mächtigen Einfluss auf seinen Verbündeten ausüben soll, ist wirklich eine naive Illusion. Hat er doch gerade infolge der Politik der Westmächte jetzt keine andere Alternative, als sich selbst Einflusszonen, zum Beispiel in Jugoslawien, als Kompensation zu sichern. Die nächsten Monate müssen also die Probe aufs Exempel liefern. Ein neuer Machtzuwachs der Tschechoslovakei gegenüber und damit eine Stärkung der politischen, ökonomischen und militärischen Stellung im mittel- und südosteuropäischen Raum, ist Hitler gewiss. Die Frage, um die es noch geht, ist nur die nach der Grösse dieses Einflusses. Wird Hitler sich damit begnügen, der Tschechoslovakei noch eine gewisse Scheinselbstständigkeit zu gewähren? Dies hängt ab von der militärischen Rückendeckung, die Mussolini bei einer einsetzenden Krise zu gewähren gewillt ist.

Mussolinis Entscheidung aber wird sich nach seinen eigenen, den Mittelmeerinteressen richten. Durch den englisch-italienischen Vorvertrag hat sich Mussolini eine Art Schiedsrichterstellung zwischen Deutschland und den Westmächten gesichert und Chamberlains Politik hat sie ihm ein-

geräumt. Chamberlain hat das getan, bevor noch der ausstehende Vertrag mit Frankreich gesichert ist, er hat es getan, bevor über Spaniens Schicksal definitiv entschieden ist. Bisher hat Mussolini nichts aufgegeben: Die Achse ist nicht erschüttert, seine Bewegungsfreiheit gegen England und Frankreich bleibt uneingeschränkt. Welchen Gebrauch er von ihr machen wird, bleibt auch jetzt völlig ungewiss. Das Schicksal Mitteleuropas hängt so aufs engste zusammen mit den wirklichen Absichten, die Mussolini im Mittelmeer, in Nordafrika und in Spanien verfolgt. Hält er den Zeitpunkt für die Neuverteilung der Welt, den Goebbels kürzlich als bevorstehend verkündet hat, für gekommen oder nicht? Die Beantwortung dieser Frage steht heute bei ihm allein, denn die Unterstützung Hitlers ist ihm zugesichert.

Dr. Richard Kern.

Totalitäts-Wahn

Wie es in Nordböhmen heute aussieht

Wir entnehmen dem Karlsbader „Volkswille“ die folgende Schilderung. Sie zeigt den Einbruch des Dritten Reiches in die Tschechoslovakische Republik.

„Am Donnerstag, dem 5. Mai, abends, gab es in Asch einen grossen Rummel. Konrad Henleins Geburtstag wurde mit einem grossen Aufmarsch der SdP gefeiert. Schon während des Tages wurde die Ausschmückung der Stadt vervollkommen. Ueber die Strassen wurden Schnüre mit einer Unmenge SdP-Fähnchen gezogen. An vielen Häusern waren Bilder Henleins oder aus elektrischen Glühbirnen zusammengesetzte SdP-Abzeichen angebracht. „Gott erhalte unseren Führer Konrad Henlein“ und „Heil Henlein“ u. a. konnte man an unzähligen Spruchbändern und Plakaten ablesen. Bereits nachmittags um vier Uhr setzte



Wenn Tyrannen reisen

Preisend mit viel schönen Reden...

der Zustrom der Geburtstagsdemonstranten aus ganz Westböhmen ein. Autobusse, Luxuswagen, Fahrräder, Motorräder und schliesslich einige Sonderzüge brachten aus den entlegensten Städten und Dörfern die fanatisierten SdP-Leute nach Asch. Eine Reihe Betriebe hat früher geschlossen, um den Arbeitern Zeit zu den letzten Vorbereitungen des Geburtstagsrums zu geben. Um 6 Uhr abends begannen die Gruppen sich in der Ringstrasse bis hinüber zum Gymnasium zu sammeln. Auf den Strassen sah man immer wieder Gruppen der SS und der SA der SdP, die sich in ihrer „Ordnerkleidung“ darin unterscheiden, dass die SA weisse Hemden und die SS dunkelgraue Hemden mit der blauen Mütze und Schulterriemen tragen. Stiefel trägt, wer halbwegs kann, denn Stiefel sind jetzt der grosse Trumpf und das grosse Geschäft! Der Stiefel ist geradezu Symbol des geistigen Inhalts dieser Massenbewegung. Der Marsch der SdP-Kolonnen in Sechserreihen dauerte ungefähr 1 Stunde und 20 Minuten. Man sah: Professoren, Aerzte, Lehrer und sonstige „Intelligenz“. Weiter: Armenhäuser, Zuchthäuser und andere nicht unbeschriebene Blätter und schliesslich: Frauen, Mädchen, jüngste, junge und ganz alte Männer aus den verschiedensten Klassen und Berufszweigen.

Ununterbrochen schrien die Massen, und dabei am hysterischsten die Frauen und Mädchen — „Sieg Heil!“ — „Sieg Heil!“! Dazwischen immer wieder Sprechchöre: „Wir fordern Volksabstimmung!“, „Wir wollen zu Adolf Hitler!“, „Heil Hitler!“, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“

Ein Lehrer war der Anführer in dem „Heil-Hitler“-Gebrüll. Die Staatsbediensteten legen sich nicht die geringsten Schranken mehr auf, sondern benehmen sich wie ein Hund, der aus dem Sehbereich seines Herrn gerufen ist und sich ungebändigt austoben kann. Aerzte und Professoren brüllten mit der Masse: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer!“

Als sehr bedauerliches Zeichen muss festgestellt werden, dass der SdP-Fanatismus schon in die Kinder verpflanzt wird. In der Masarykstrasse standen ganze Gruppen Kinder, die immer wieder „Heil Hitler“, „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ brüllten, während an ihnen ihre Lehrer brüllend vorbeimarschierten.

Am Freitag gab es nochmals eine Sensation in der Stadt: der Führer zeigte sich nach bekannten Vorbildern stehend im Auto dem staunenden und johlenden Volke. Ein ganzer Tross der feinsten Luxuswagen der verschiedensten SdP-Bonzen begleitete den „Gottgesandten“. Die Kinder gingen in Turnkleidung und Schulterrücken in die Schule. Mittag blieben eine grosse Anzahl Fabriken stehen und die Arbeiter dieser Fabriken wurden auf die Strasse kommandiert, um den „Führer“ zu grüssen und Staffage zu machen. Niemand konnte sich ausschliessen, denn die Meister und Beamten wachten darüber, dass es ja keinen Drückeberger gab. Nachmittags gegen 5 Uhr begab sich der Führer mit seinem Stab in das Apollo-Kino, wo eine Galavorstellung stattfand. Der „deutsche“ Gruss mit Handerheben und „Heil Hitler“ ist seit dem 1. Mai in Asch zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Polizei hat beide Augen geschlossen, um nicht zu sehen, denn sie darf ja nicht sehen.

«Kommunistische Provokateure»

Es mehren sich sehr ernsthafte Zwischenfälle in dem vom Dritten Reich beanspruchten Gebiet der Tschechoslowakischen Republik. In Mährisch-Schönberg haben bühnische Henleinanhänger das Denkmal Masaryks mit Hakenkreuzen beschmiert. Die niedrige Gesinnung von Henlein und Konsorten konnte nicht drastischer zum Ausdruck gebracht werden.

In der ganzen Welt begreift man, welche Empörung die Beschmutzung des Andenkens Masaryks in der tschechischen Bevölkerung hervorgerufen hat, und man begreift, dass die Bevölkerung des Ortes gegen das Henleingesindel demonstriert hat.

Die Essener „Nationalzeitung“, das Organ Görings, hat diesen Vorfall zur Erneuerung seiner täglichen Hetze gegen die Tschechoslowakei benutzt, unter dreierlei Verdrehung des Tabakandes. Der Bericht dieses Blattes über den Vorfall beginnt:

„Die Beschädigung des Masarykdenkmals in Mährisch-Schönberg hat die von den kommunistischen Provokateuren gewünschte Wirkung gezeigt. Bald nach dem Bekanntwerden des Vorfalles kam es nämlich zu heftigen Ausschreitungen gegen Sudetendeutsche.“

Am Ende ist Henlein selber ein „kommunistischer Provokateur“!

„Einheit“ in Danzig. Der Gauleiter von Danzig hat mitgeteilt, dass von 72 Abgeordneten des Volkstages jetzt 70 zur Nazifraktion gehören, während zwei Polen sind. Der Terror ist ein Ziel. Im Juni soll die Danziger Verfassung geändert werden.

So manches deutsche Staatsoberhaupt ist einst nach Rom gezogen. Romantische Züge waren das oft. Alle waren beschwerlich, viele waren gefährlich. Die Beschwerlichkeit von einst ist modernem Reisekomfort gewichen. Die Romantik der früheren Züge über die Alpen hat sich reduziert auf bengalische Beleuchtung bei der Ankunft in Rom. Nur eines ist gleich geblieben: die Gefährlichkeit. Sie ist sogar noch gewachsen. Denn dieser reisende Tyrann ist kein Fürst, „der sein Haupt kann treulich legen jedem Untertan in Schoss.“

Die Furcht raubt ihm Ruhe und Schlaf. Sie hält ihn fern von jeder engeren persönlichen Beziehung zu seinen Mitmenschen. Er hat nicht einmal eine Tochter, wie jener Tyrann des Altertums, der nicht wagte seine Kehle einem Rasierer anzuvertrauen und der sich darum von seiner Tochter den Bart scheren liess. Aber er macht es wie jener andere Tyrann, von dem die Geschichte berichtet, dass er niemals wagte einen Bissen zu essen, wenn nicht vor seinen Augen der Koch selbst davon gegessen hatte. Heute nimmt der Tyrann seinen eigenen Koch mit, weil er der Küche seiner italienischen Gastgeber nicht traut.

In einem Panzerzug fährt er durch das Land. Durch das versklavte Deutschland, durch das neu eroberte Tirol, durch eine treulos verratene Provinz, in das Land des anderen Cäsars, mit dem er seine Kraft messen will. Aber die Panzerung seines Zuges genügt nicht zur Beschwichtigung seiner Angst. Seit vielen Tagen wird die ganze Strecke und jeder Bahnhof von aus-

gewählten Truppen und Polizisten peinlich überwacht. Viele Stunden zuvor darf kein anderer Zug über die Geleise fahren, über die der Panzerzug des Tyrannen rollt. Ein unmittelbar vorausfahrender Stafettenzug muss noch einmal die Strecke sichern. Dann folgt er im mittleren Wagen seines Zuges. Ein dritter Zug bringt sein Tross aus Ministern, Generälen, hohen Beamten und uniformierten Berichterstatlern. In allen drei Zügen wimmelt es von Polizisten und über den Zügen von Militärflugzeugen.

Itzzwischen ist der andere Tyrann in Rom nicht müssig gewesen. Er kennt das natürliche Ende eines Tyrannen sehr wohl. Er hat ihm selbst schon ins Auge geblitzt. Er hat schon vor mehreren Monaten vierhundert besonders erfahrene und bereits pensionierte Polizisten der OVRA — seiner römischen Gestapo — wieder in Dienst gestellt und mit den polizeilichen Vorbereitungsarbeiten beauftragt. Himmeler hat ihm ausserdem bei Jahresbeginn einige hundert Polizei- und Gestapobeamte nach Italien geschickt. Sie haben Tausende von Verhaftungen vorgenommen. Pressevertreter ausgewiesen, den Fremdenbesuch gesiebt und eingeschränkt, von allen Häusern in der Nachbarschaft der verschiedenen Festzüge die Schlüssel in Gewahrsam genommen, die Aufgänge zu den Dächern gesichert, genaue Verzeichnisse der Hausbewohner und der ihnen genehmigten Gäste aufgestellt.

In den letzten Wochen ist diese deutsch-italienische Ueberwachungsgruppe noch um einige tausend Polizisten beider Nationen

verstärkt worden. In jedes Haus der vom Festzug durchfahrenen Strassen ist eine Wache gestellt worden, die alle Ein- und Ausgehenden kontrolliert. Vor jedem „strategisch“ wichtigen Gebäude stehen 12—15 Soldaten. Jedes Auto, das nach Rom, Neapel oder Florenz fährt, wird auf der Landstrasse streng überwacht und durchsucht. Das italienische Heer muss durch dichte Absperrungsketten die Zuschauermassen zurückhalten. Jeder in Italien ansässige Deutsche, der nicht für die Dauer der Feste verhaftet ist, muss sich durch eine schwarze Armbinde kenntlich machen, jeder aus Deutschland Zugereiste trägt die rote Armbinde mit dem Hakenkreuz.

Wenn die italienische Miliz die Hand zum Faschistengruss erhebt, dann klingt ihr „Heil“ sehr deutsch, weil ihre Reihen durchsetzt sind mit zahllosen Neuankömmlingen, die unter dem schwarzen Hemd der italienischen Faschisten verbergen müssen, dass sie sonst in Schanden das Brot der deutschen Gestapo essen. Sogar die Zuschauer, die weit hinter den Absperrungsketten die Ränder der Strassen säumen, bestehen noch zu einem Teil aus deutschen und italienischen Ueberwachungsbeamten, die als „Volk“ getarnt sind.

Und in der Mitte dieser lebenden Kulisse agieren die beiden Tyrannen, die ihre Angst verstecken müssen hinter glanzvollen Uniformen und starken Reden, damit ihre Völker weiter glauben, dass es sich um Gottgesandte und Cäsaren handle, und weiter bereit sind, den kritiklosen Glauben an diese Männer und ihre Wahnideen mit ihrem Leben zu bezahlen.

Ossietyky

Ein kompromissloser Kämpfer

Carl von Ossietzky ist im Alter von 48 Jahren in einem Berliner Sanatorium gestorben. Die Ursache seines Todes sind die Leiden, die er im Konzentrationslager zu erdulden hatte. Die Nationalsozialisten haben ihn mit ingrimmigem Hass verfolgt. Sie haben in ihm den Gegner erkannt, der konsequent und kompromisslos gegen alles kämpfte, was das eigentliche Wesen des Dritten Reiches ausmacht: gegen den Nationalismus, gegen den Willen zum Revanchekrieg, gegen die Unterordnung des gesamten öffentlichen Lebens unter den Militarismus. Carl von Ossietzky hat den neuen deutschen Militarismus von seinen ersten Anfängen nach dem Kriege unerbittlich bekämpft, und sein Kampf ist umso schärfer und konsequenter geworden, je mehr sich der neue Militarismus in der Republik durchsetzte und das öffentliche Leben und vor allem die Justiz durchdrang. Seine Verurteilung wegen angeblichen Landesverrats im Jahre 1931 war ein Symbol dafür, dass der neue Militarismus das Recht der Republik gesprengt hatte, und dass sein Wille stärker war als das Gesetz. Die Verfassung der Republik und die Gesetze der Republik waren diesem Zeitpunkt schon nur noch ein Verhüllungs des werdenden militärischen Dritten Reiches, und die Justiz der Republik amtierte schon als die Justiz des Militärstaates.

An der Person Ossietzky, der diese Widersprüche schneidend scharf herausarbeitete, haben die militärischen und richterlichen Hochverräter an der Weimarer Verfassung ihre Macht noch in der Republik erprobt. Alle, die schon in der Republik mit Zorn und Sorge das Vordringen des Militarismus erkannten, haben drum in seiner Person ein Symbol für den geistigen Kampf der Linken um den Inhalt der Republik gesehen. Es war in Wahrheit die Sache der Republik, des Friedens und der Freiheit, die Ossietzky als politischer Publizist in der Zeit seiner Wirksamkeit vertreten hat. Er ist darum von den Nationalisten grimmig gehasst worden. Auch auf der Linken selbst und in der Mitte, in den grossen politischen Parteien hat man sein Aufdecken der wahren Talbestände oft mit tiefem Missvergnügen gesehen, weil seine Kompromisslosigkeit nicht nach Opportunitätserwägungen von Parteien fragte.

Dieser wahrhaft unabhängige Publizist wurde als einer der Ersten verhaftet, als der Rachezug des Systems gegen die Linken begann. Er hat das

grosse Grauen der Konzentrationslager durchlaufen. Als er für den Nobelpreis für 1935 benannt worden war, hat ihn das System widerwillig aus dem Konzentrationslager entlassen und unter Gestapoaufsicht in ein Sanatorium bringen lassen. Ossietzky war damals schon ein todgeweihter Mann. Nachdem ihm der Nobelpreis zugesprochen worden war, hat ihn Hitler selbst auf das wildeste und niedrigste beschimpft. Die dunklen Affären um die Uebertragung dieses Geldpreises nach Deutschland, die Art und Weise, wie er um ihn betrogen worden ist, sind bezeichnend für die Ehrlosigkeit des braunen Systems.

Die Person Ossietzky ist zum Symbol geworden im Kampf gegen die Barbarei der Konzentrationslager. Es war ein moralischer Triumph, dass dieser Mann, dieser eine Mann, der Hölle der Konzentrationslager entrissen werden konnte, dass das System sich zähneknirschend beugte vor dem Urteil der ganzen Welt. Seitdem ist der Zynismus des Systems noch gewachsen, und die Welt hat sich abgestumpft gegenüber den Dauergrueln in den deutschen Konzentra-

Drohung gegen Holland Der deutsche Terror

Das braune System arbeitet an der Unterdrückung der Freiheit in ganz Europa. Weil die holländische Linkspresse Berichte über den Terror in Oesterreich veröffentlicht hat, wird im „Völkischen Beobachter“ den Holländern offen mit wirtschaftlichen Repressalien gedroht. Er schreibt, dass es

„nicht mehr erlaubt ist, diese Hetze nur mit Verachtung zu übergehen... Wir sehen den Augenblick kommen, wo die Geduld erschöpft ist und man sich nach Mitteln umsehen muss, um der holländischen Öffentlichkeit begreiflich zu machen, dass weder ihr noch dem Reich gedient ist, wenn dieses verächtliche Treiben ungehindert fortgesetzt werden kann. Dass bei der Abwehr dieser Angriffe auch die wirtschaftlichen Beziehungen eine Rolle spielen würden, liesse sich dann wohl nicht mehr vermeiden.“

Dieser freche Angriff auf die Pressefreiheit in Holland hat Empörung in der holländischen Presse hervorgerufen. Auf diese Empörung antwortet wieder Görings „Nationalzeitung“:

„Die ersten Rückwirkungen solcher Feststellungen auf Holland, soweit hierfür die Kommentare einiger Abendblätter als Massstab gelten können, tun nur dar, wie schwer es den holländischen Demokraten fällt, über ihre künstlich grossgezüchteten sentimentalen Komplexen hinweg das Unkraut einer Berichterstattung zu sehen, das nicht nur die Beziehungen zweier bisher befreundeter Nachbarländer auf die Dauer

vergiftet, sondern auch im eigenen Lande nur unnötige Gegensätzlichkeiten schaffen muss. In verschiedenen Kommentaren holländischer Blätter wird deutlich das Bestreben sichtbar, aus einer berechtigten deutschen Abwehr gegen Uebergriffe holländischerseits deutsche Drohungen an die holländische Adresse zu konstruieren. *„Ihnen gegenüber man dann sowohl national wie international die Rolle der bedrückten Unschuld zu spielen hofft.“*

„Wohl aber darf erwartet werden, dass den verantwortlichen holländischen Regierungskreisen trotz gewisser parteipolitischen Hemmungen an freundschaftlichen Beziehungen zum nationalsozialistischen Deutschland mehr gelegen ist, als an einer Herunterritten auf einem überspitzten demokratischen Pressefreiheitsbegriff, der in Holland täglich durch die Hetze der marxistischen und anderen Blätter nicht nur selbst verurteilt wird, sondern auch schwerlich in internationaler Beziehung mit den holländischen Staatsinteressen in Einklang zu bringen ist.“

Die militärische Vormachtstellung des Dritten Reichs wird zu dreisten Einmischungen in die verfassungsmässigen inneren Verhältnisse kleiner Länder benutzt. Der holländischen Regierung wird die ehrlöse Zumutung gemacht, dass sie die Demokratie mit Füssen treten müsse, wenn sie nicht deutsche Gewaltmassnahmen hervorrufen wolle. Am Ende wird das Dritte Reich noch zu seinem grossen Bedauern sich die holländischen Kolonien aneignen müssen, weil die holländische Regierung hartnäckig genug war, nicht die holländische Verfassung zu brechen!

Das Friedensprinzip Die braune Lüge

Die nächste Eroberungsetappe des Dritten Reiches ist überschrieben: **Zusammenfassung aller Deutschen.** Die entsprechenden Anweisungen des Propagandaministeriums sind aus der neudeutschen Presse ersichtlich. Pa.ole; Unsere rein völkischen Ziele sind der beste Friedensbeitrag, denn „unterdrückte Minderheiten“ bedeuten dauernde Unruhe. So schreibt die „DAZ“ vom 26. April zu Henleins frechen Forderungen, die „nationalsozialistische Weltanschauung könne als völkisches Lebensprinzip selbstverständlich nicht an staatlichen Grenzen Halt machen, denn sie ist heute die schlechthin deutsche...“ Umso besser für die anderen, denn

„diese Weltanschauung macht bewusst, dass die völkischen Grenzen, die sie hat, keine Eroberungsgrenzen, keine imperialistischen Ziele, sie lehnt es aus ihrem Wesen heraus ab, etwa zu germanisieren oder auf irgendeine andere Weise andere Völker zu durchdringen. Gerade das völkische Wesen dieser Weltanschauung sollte man sich doch im Ausland bemühen, etwas besser zu verstehen, denn in diesem völkischen Prinzip liegt der bedeutsamste Friedensbeitrag beschlossen, der sich eigentlich denken lässt. Wieviele Reibungspunkte würden verschwinden, wenn mit diesem völkischen Anspruch zugleich die Sicherheit begriffen würde, die in seiner natürlichen Begrenzung liegt!“

Also Nordböhmen und die sonstigen Sprachinseln in der Tschechoslowakei müssen nationalsozialistisch „ausgerichtet“ sein, müssen deutsch-völkisch regiert werden. Man stelle sich einen solchen Staat vor! Und wie steht es mit anderen deutschen Inseln im Ausland? Wie steht es mit Siebenbürgen, Marburg, Eupen-Malmedy, Nordschleswig, Elsass, Oberschlesien und dem Baltikum? Wer bestimmt, da, was deutsch ist und was nicht? Das Dritte Reich hat schon geantwortet. In Eupen-Malmedy, in Nordschleswig lässt es bereits Revolver knallen und für Losreißung rufen. Polnische Blätter weisen warnend auf die drohende Sprache hin, mit der sich deutsche Blätter um die „unterdrückten Brüder“ in Wolhynien und Oberschlesien bemühen. Die „Polska agency prava sachodnia“ schreibt dazu:

„Wir sind Zeugen der Aktivität, mit der die Gelegenheit zu Eingriffen in das innere Leben von Staaten gesucht wird, in denen Deutsche leben, um so Unruhe und Erregung zu verbreiten.“

Wer also bestimmt, welche Gebiete des Auslandes deutschvölkisch sind und dem Hitlerismus gleichgeschaltet werden müssen? Die braune Diktatur, wo sie die Unterwerfung eines Staates braucht, sind selbst gemischtsprachige Gebiete deutsch, und wenn Hitler dort nicht als Führer gelten darf, so ist das Unterdrückung deutscher Volksteile. So steht der neudeutsche „Beitrag zum Frieden“ aus. Eines Tages wird die Maske völlig abgeworfen, dann sind auch Holland, das flämische Belgien, die Hälfte der Schweiz und Skandinavien deutsch, mit Südtirol macht man vorläufig eine Ausnahme. Die grausamste Unterdrückung einer deutschen Minderheit wird sofort erträglich, wenn es der politische Schacher erfordert.

Schon das alldeutsche Ostprogramm enthält die faustdicke Lüge des neuen „völkischen Friedensprinzips“. Das Dritte Reich fordert Auflösung der Bündnisverträge mit Russland, es will die Ukraine. Der Hitlerismus hat sich seit Jahren darauf festgelegt, dem Sowjetstaat mit Hilfe der Achse an den Kragen zu gehen. Vielleicht hört man eines Tages, dass auch die Ukraine deutsch ist.

Papenburg

Polterknechte gesucht

Aus dem erschütternden Buch „Mooroldaten“ weiss man, dass man im Dritten Reich politische Gefangene für Arbeiten verwendet, bei denen sie über kurz oder lang körperlich zugrunde gehen müssen. Eines der besonders berüchtigten Lager, das den traurigen Rekord an Todesfällen aufzuweisen hat, ist das zu Papenburg. Diesem Lager zugeeilt zu werden bedeutet so viel wie ein Todesurteil. In dieses Lager nun werden in nächster Zeit zahlreiche prominente politische Häftlinge aus Oesterreich transportiert werden, nachdem man sie vorher provisorisch in Dachau untergebracht hatte. Zum Beweis dafür, dass ein grosszügiger Ausbau des berüchtigten Einlagers geplant ist, führen wir ein Inserat aus dem „SA-Mann“, der offiziellen Zeitung der SA, an. Es lautet:

„Einstellung in die Wachmannschaft der Strafgefangenenlager SA-Pionierstandorte 10 Papenburg/Ems. Berücksichtigung werden nur Angehörige der SA oder Partei, Alter 22—30 Jahre, Mindestgröße 1,60 Meter, völlig gesund und widerstandsfähig, Gehalt für Ledisten monatlich 47 Reichsmark, für Verheiratete entsprechende Zulagen, freie Verpflegung, Klei-

Kriegsvorbereitung an der Ostsee

Die schwedische Küste - deutsches Manövergebiet

Noch vor wenigen Jahren schienen die skandinavischen Länder völlig ausserhalb aller europäischen Konfliktmöglichkeiten zu liegen, ein Stück Friedenswelt für sich, jenseits aller Kriegszonen unseres Erdteils.

Das Bild hat sich gründlich geändert. Die Angriffsdrohung des Dritten Reiches ist keineswegs nur nach Osten und Westen gerichtet. Sie ist eine totale. Man ist sich in Skandinavien vollkommen im klaren darüber, dass die sich immer deutlicher ankündigende militärische Aggression des Hitlerreiches gegen Dänemark, die schon ganz unverhüllte Einmarschdrohung an der Schleswiggrenze, nicht nur gegen das „deutsche Gebiet“ in Sönderjylland und nicht nur gegen Dänemark, sondern gegen Skandinavien als Einheit gerichtet ist.

„Die Südgrenze des Nordens ist in Gefahr!“

... diese Feststellung kehrt nahezu tagtäglich in der skandinavischen Presse wieder. Man rüstet nach Kräften und diskutiert leidenschaftlich die Frage, ob eine gemeinsame militärische und wirtschaftliche Verteidigungsbereitschaft aller nordischen Länder — also auch Finnlands — zu schaffen sei.

Während diese Probleme den Norden bewegen, setzt Deutschland nicht nur seine Drohungs- und Erpressungspolitik an der dänischen Grenze fort, sondern beginnt auch immer deutlicher und unverfrorener die Ostsee als ein „deutsches Meer“ zu betrachten. Als ein solches ist sie in letzter Zeit mehrfach von prominenten Nazirednern und in der braunen Presse bezeichnet worden. So hat z. B. der „Völkische Beobachter“ kürzlich recht deutlich vermerkt, dass Deutschland die längste Ostseeküste und damit ein Anrecht auf die Hegemonie an der Ostsee besitzt. Der Gangster-Logik des „Völkischen Beobachter“ entspricht seine Gangster-Geographie. Nicht Deutschland, sondern Schweden ist nämlich

das Land mit dem längsten Küstenbesitz an der Ostsee, — ohne dass es freilich daraus in neuerer Zeit je einen Hegemonie-Anspruch hergeleitet hätte.

Mehr noch als derartige Äusserungen hat die deutsche Flottenpraxis erregend gewirkt, die bereits tatsächlich die Ostsee als unumschränktes deutsches Manövergebiet zu okkupieren beginnt und nicht einmal davor zurückschreckt, schwedische Inseln und schwedische Handelsschiffe in ihre Seekriegsübungen gewaltsam einzubeziehen.

Truppenlandungsübungen bei Oeland.

So erschienen z. B. kürzlich bei der langgestreckten, dem Hafen von Kalmar vorgelagerten schwedischen Insel Oeland deutsche Kriegsschiffe, um dort in aller Ruhe Truppenlandungsmanöver verbunden mit Einnebelungsübungen vorzunehmen.

Von ähnlichen ungeheuerlichen, jedes Völkerrecht verletzenden Uebergriffen erfährt man aus einem Bericht, den Angehörige der Besatzung des schwedischen Erztransportdampfers „Kiruna“ erstatteten.

Schwedische Seeleute berichten.

Die Leute von der „Kiruna“ gaben die folgende Darstellung gewisser Erlebnisse, die das Schiff Ende April an der schwedischen Ostseeküste hatte: „Wir waren mit Erz in Rotterdam gewesen und befanden uns nun mit einer Kohlenlast auf der Heimreise. Als wir uns dem Feuerschiff Almagrund in der Nähe von Sandhamn näherten, hörten wir Motorengesurr. Zwei mit grossen Hakenkreuzen bemalte Flugzeuge näherten sich uns. Ueber die Nationalität der beiden Flugzeuge konnte also wohl kein Zweifel bestehen. Das eine trug die Nummer D 96 und auf dem andern glaubten wir die Signatur D 73 zu erkennen. Man kann sich denken, wie uns zumute wurde, als die erstgenannte dieser beiden Maschinen plötzlich zu einem

fingierten Anfall gegen unser Erzschiff herabsties und dabei fast in die Nähe der Mastspitzen kam. „Wenn jetzt Krieg wäre, wäre es aus mit uns“, das war das erste, was alle feststellten, nachdem wir uns von der Ueberraschung erholt hatten. Gleichzeitig sahen wir, dass auch das erste, was alle feststellten, nachdem Angriff unternahm, der sich gegen den Lastdampfer „Ljusterö“ richtete, welcher ungefähr anderthalb Seemeilen von uns entfernt war. Die Flugzeuge zogen danach ein paar Kreise und wiederholten dann den Anfall mit abgestellten Motoren. Das eine kam womöglich noch näher an uns heran und wir sahen deutlich, wie die Besatzung unsere Verwirrung mit Hohngelächter beantwortete. Nahezu die gesamte Mannschaft der „Kiruna“ war an Deck und wurde zum Zeugen der Uebergriffe. Ein Matrose schlug vor, fotografische Aufnahmen von den Flugzeugen zu machen. Als wir aber eine Kamera aus der Kajüte heraufgeholt hatten, kehrten die Flugzeuge nicht mehr zurück. Wir sahen noch ein paar weitere Maschinen in grösserer Entfernung, und nach Ansicht des Kapitäns handelte es sich hier ebenfalls um deutsche Militärflugzeuge.“

Soweit der Bericht der schwedischen Seeleute. Der Almagrund, wo diese — vorläufig noch fingierte — Piraten-Attacke auf zwei schwedische Handelsdampfer stattfand, befindet sich wenige Schiffsstunden von Stockholm entfernt. Während die Bewohner der schwedischen Hauptstadt nichts ahnend ihrer friedlichen Arbeit nachgehen, kreisen in ihrer nächsten Nähe hitlerdeutsche Bombengeschwader und üben sich im Angriff auf schwedische Schiffe, um sich für den Ernstfall die nötige Routine anzueignen.

Dieser Vorfall und die oben erwähnten Landungsmanöver bei Oeland beleuchten von neuem schlagartig die deutschen Kriegsvorbereitungen in der Ostsee.

Unterkunft. Bei Ausscheiden nach längerer Dienstzeit Versorgung. Bewerbungen sind zu richten an den Vorstand der Strafgefangenenlager in Papenburg-Ems...

Damit ist die beabsichtigte grosszügige Erweiterung des berüchtigten Lagers erwiesen. Wir wollen hier nicht weiter erzählen, was die Lagerleitung unter „widerstandsfähig“ versteht und weshalb nur SA-Männer zu diesem Dienst zugelassen werden. Wahrscheinlich bezieht sich diese „Widerstandsfähigkeit“ auf jede Regung menschlichen Gefühls, des Mitleids.

Zuchthaus als Devisenquelle

Nach London kehrte kürzlich ein englischer Geschäftsmann zurück, der achtehn Monate in deutschen Gefängnissen verbracht hatte. Ueber seine dortigen Erlebnisse erstattete er im „Daily Herald“ einen interessanten Bericht, aus dem nicht nur einiges über Gefangenemissbehandlung im braunen Strafvolkzug hervorgeht, sondern auch ersichtlich wird, dass Hitlerdeutschland zurzeit emsig bemüht ist, Englands Spielwarenindustrie durch ein Dumping zu unterminieren, das auf systematischer Ausnutzung kostenloser Arbeitskraft in den deutschen Gefängnissen und Konzentrationslagern basiert. Der englische Kaufmann berichtet:

„Nahezu ein Jahr lang habe ich im Gefängnis Brandenburg Spielzeugsoldaten herstellen müssen. Ein gewaltiges Lager liegt dort zum Export nach England bereit. Ich wurde im Jahre 1936 verhaftet, als ich nach einer Geschäftsreise Deutschland wieder verlassen wollte. Acht Monate lang sass ich als Untersuchungshäftling in Berlin, ohne vor den Richter zu kommen. Erst nachdem ich einen elftägigen Hungerstreik durchgeführt hatte, kam es zum Prozess. Ich wurde wegen eines Verstoßes gegen die deutschen Devisenbestimmungen angeklagt. Man verurteilte mich zu elf Monaten Gefängnis und seitdem musste ich mich als Spielzeugsoldaten betätigen. Als ich erkläre, dass ich in derartiger Arbeit keinerlei Erfahrung habe, bestand die Antwort darin, dass man mir mehrere Zähne aussehlag. Als ich bei einer Gelegenheit nicht im vorgeschriebenen Takt marschierte, wurde ich in eine doppelte Kellerröhre gesperrt, in der ich zehn Tage bleiben musste; die einzige Nahrung, die ich

bekam, war etwas Kohlsuppe jeden vierten Tag. Der Gefängnisdirektor sagte später zu mir: „Wenn Sie versuchen wollen, uns in England schlecht zu machen, bitte sehr. Aber Ihre Bemühung wird zwecklos sein, denn kein Mensch wird Ihnen Glauben schenken.“ Zu meiner Ueberraschung musste ich feststellen, dass nicht weniger als 40 Prozent meiner Mitgefangenen Angehörige der Naziartei waren...“

Wo ist die Not grösser?

Unter der von Hitler abgesetzten österreichischen Regierung hat das österreichische Proletariat schwere Not leiden müssen. Es hatte wenig Arbeit und daher auch wenig Brot. An Arbeit wird es ihm in Zukunft kaum fehlen, aber dass es weniger Not leiden wird, ist mehr als zweifelhaft. Im Wochenbericht des „Instituts für Konjunkturforschung“ vom 4. April (Oesterreich-Nummer) wird eine die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands und Oesterreichs vergleichende Statistik kommentiert und behauptet, „dass die österreichische Bevölkerung zum Teil erheblich weniger Nahrungsmittel braucht als die deutsche“. „Vor allem in tierischen Veredelungsgegenständen wie Butter, Eier, Käse, Fische (mit Ausnahme von Fleisch) liegt der Verbrauch unter den deutschen Verhältnissen“. Von diesem Unterkonsum soll der Führer das österreichische Proletariat befreien und auf das reichsdeutsche Ernährungsniveau heben. Aber es fällt schon in dem obigen Zitat auf, dass ein Nahrungsmittel wie Fleisch, das wichtig für die Ernährung ist, auch wenn es im Dritten Reich zuweilen fehlt, als Ausnahme von der Regel allgemeiner Unterversorgung in Klammern gesetzt wird. In einer ähnlich vergleichenden Aufstellung der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ (1. März-Heft) fehlt das Fleisch ganz, damit der Eindruck nicht gestört werde, dass es im III. Reich mit der Ernährung soviel besser bestellt ist als in dem der Rettung bedürftigen Oesterreich. Sieht man sich aber die Vergleichszahlen näher an, so ergibt sich, dass eher die österreichische Ernährung besser ist als die reichsdeutsche. Es wurden um 1935/36 je Kopf verbraucht in Kilo:

Beständige Getreideverzehrung	1,2	1,1
Hilfsfrüchte	2,2	2,1
Kartoffeln	55	104
Zucker	28	21
Obst	34	34
Gemüse	54	47
Wohl Linsen	54	58
Wohl Linsen	17	6
Margarine	4,3	9,5
Schweinefett und dergl.	7,5	7,9
Butter	3,4	3,5
Trüböl	40	130
Käse	4,4	5,6
Fleisch	57	45
Fische	1,3	12
Eier Hühner	161	118

Erheblich mehr wird also in Oesterreich konsumiert Obst, Gemüse, Milch und Fleisch, alles hochwertige Nahrungsmittel. Erheblich besser als Oesterreich ist Deutschland versorgt mit Kartoffeln, Margarine, Butter und Fischen. Fische sind in Oesterreich rar, Kartoffeln pflegen reichlicher konsumiert zu werden, wenn wertvollere Nahrungsmittel fehlen. Dass gerade Butter und Margarine, also in Deutschland rationierte Produkte, reichlicher vorhanden sein sollen als in Oesterreich macht die Statistik ein wenig verdächtig. Jedenfalls: Wenn in Zukunft der Ernährungsstandard des österreichischen Volkes dem reichsdeutschen mit Darréschen Methoden angeglichen werden soll, wird diese Zukunft keine rosige Zukunft sein.

Kriegsschauplatz Innerösterreich.

In Wien werden mit einem Kostenaufwand von zehn Millionen Mark SS-Kasernen gebaut. In diese Kasernen soll die SS-Verfügungstruppe einquartiert werden, die Spezialtruppe der Gestapo zur Absperrung und Terrorisierung ganzer Häuserblocks und Betriebe.

Bücherverbrennung in Oesterreich.

Am 1. Mai sind auf dem Residenzplatz in Salzburg als Symbol des Arisierungsprozesses grosse Stöße von Büchern verbrannt worden. Unter den Autoren der verbrannten Bücher sind Heinrich Heine, Auerbach, Schnitzler, Kerr, Wassermann, Stefan Zweig, Lissauer.

Polnische Legion?

Die Posener Zeitung „District Gazette“ veröffentlicht die Namen von 453 Deutschpolen, die sich ihrer Militärdienstpflicht durch die Flucht nach dem Reiche entzogen haben.

	Oesterreich	Deutschland
Broggenmehl	52	54
Weizenmehl	64	61

Berichte aus Deutschland

Neudeutscher Arbeiter...utz

Aus einem niedersächsischen Betrieb, in dem Betonsteine hergestellt werden, wird uns geschrieben:

„Trotz aller Reden von „Schönheit der Arbeit“, „Volksundheit“ usw. werden oft die selbstverständlichen Massnahmen zur Sicherung der Arbeiter vernachlässigt. Diese Massnahmen kosten eben Geld, und es kommt doch vor allem darauf an, die Unkosten zu verringern und die Leistungen ständig zu erhöhen. Kein Wunder, dass die Zahlen der Betriebsunfälle ungeheuer angewachsen sind. Nach Angabe der Berufsgenossenschaften betragen die Unfälle in der Reichsbetriebsgemeinschaft Stein und Erde der DAF:

1932 bei 387 958 Beschäft. 20 373 Unfälle
1936 bei 655 302 Beschäft. 57 882 Unfälle

Im Jahre 1937 dürfte die Zahl der Unfälle noch erheblich gestiegen sein. Diese „Reichsbetriebsgemeinschaft“ veranstaltete als erste für ihre 650 000 Arbeitnehmer eine „Arbeitsschutzwoche“, die in 25 000 Betrieben durchgeführt wurde. Bei uns in H. sah diese Arbeitsschutzwoche so aus:

Unser Betrieb hat eine Belegschaft von 200 Mann. Es werden Betonsteine hergestellt. Zu Beginn der Arbeitsschutzwoche forderte der Arbeitgeber in einem Betriebsappell auf, „ohne Scheu“ Anregungen und Wünsche bezüglich des Arbeitsschutzes in dieser Woche bekanntzugeben. Am folgenden Tage wurde ein Rundgang durch den Betrieb veranstaltet, an dem der Betriebsführer, der Obmann, der Arbeitsschutzwähler sowie der Vertrauensrat teilnahmen. Natürlich wurden viele Wünsche geäußert, die die technische Einrichtung des Betriebes betreffen, wie schlechte Beleuchtung, mangelhafte Beseitigung des Zementstaubes im Mischraum, Fehlen des Schutzes an einer Eisenschneidemaschine, an den Drehscheiben der Lorenbahnen usw. Vor allen Dingen aber wurden immer wieder Klagen laut über das Antriebersystem, über verhängte Ueberstunden, über erbärmliche Entlohnung und schlechte Ernährung. Mehrere Arbeiter rechneten vor, dass sie 1932 mehr verdient hätten als heute, obwohl sie heute mindestens 12 Stunden in der Woche mehr arbeiten müssten. Ein Arbeiter sagte, er hätte seit drei Wochen keine Butter gegessen. Als er mit der Butter an der Reihe gewesen sei, hätte er nicht das Geld gehabt, welche zu kaufen, und als er das Geld hatte, sei keine Butter mehr zu haben gewesen. Solche Klagen waren häufiger als die über technische Mängel. Obwohl sie die eigentliche Ursache des Anschwellens der Zahl der Betriebsunfälle sind und obwohl der Arbeitgeber und seine braunen Vertrauensleute also die Wahrheit hörten, waren sie darüber durchaus nicht erfreut.

In einer Sitzung des Vertrauensrates wurden die Klagen besprochen. Der Arbeitgeber versuchte, alle Klagen von der Hand zu weisen, da es sich um eine wohlorganisierte Meckerei handele. Auch der Vertreter der Arbeitsfront meinte, die meisten Klagen liegen nicht in der „Marschlinie“ des Arbeitsschutzes, sondern seien auf Verabredung der Arbeiter geäußert; er werde diese Stimmungsmache weiterberichten. Der Vertrauensrat liess sich aber dadurch nicht einschüchtern, sondern verlangte, dass die handgreiflichen Mängel beseitigt würden. Am Schluss der Woche wurde in einem Betriebsappell mitgeteilt, dass die gerügten Mängel beseitigt würden; gleichzeitig aber wurde vom Vertreter der Arbeitsfront eine Brandrede gegen die „Hetzer“ gehalten. Dieser Vertreter der Arbeitsfront ging in seinem Eifer soweit zu sagen, dass die Arbeiter den grössten Teil der Unfälle selbst durch Unachtsamkeit und Böswilligkeit (!) verschuldeten.“

Keine Gedankenfreiheit!

Aus einer grossen Molorenfabrik Westdeutschlands wird uns berichtet:

„In unserem Betrieb nehmen die Debatte seit langem kein Ende und die Nazis kommen dabei garnicht gut weg, obwohl jeder weiss, dass die Belegschaft mit Dutzenden von Gestapospitzeln und Spitzeln der NSDAP durchsetzt ist. Der Betriebsführer hat kürzlich folgenden Anschlag am schwarzen Brett angebracht:

„Ich habe Veranlassung, noch einmal darauf hinzuweisen, dass der Betrieb nicht die Stätte ist, an der man politisiert. Mir sind einige Aeusserungen zu Ohren gekommen, die ich unter keinen Umständen in unserem Betrieb dulden kann. Es mag jeder denken was er will. Im Betrieb wird über politische Dinge nicht debattiert! Im Betrieb haben wir nur die Aufgabe zu arbeiten und reibungslos unser Fabrikationsprogramm

Noch eine zu befreiende Minderheit

Die Unterdrückung der Lausitzer Sorben

Man schreibt uns aus Ostachsen:

Deutschland besitzt innerhalb seiner Grenzen eine Anzahl von Minderheiten, die nach den Aussprüchen von hohen Funktionären des Staates und der Partei, verschwinden müssen. Zu diesen Minderheiten, die mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden sollen, gehört die den Tschechen nahe verwandte Minderheit der Lausitzer Sorben — man bezeichnet sie in Deutschland mit dem Namen Wenden —, zu denen Schreiber dieser Zeilen, um einen neudeutschen terminus technicus zu gebrauchen, blutsmässig gehört.

Vor der Machtübernahme durch Hitler buhlten die braunen Agitatoren um die Stimmen der wendischen Bevölkerung der Ober- und Niederlausitz. Die braunen Agitatoren erzählten den Wenden, dass die Weimarer Republik das wendische Volk kulturell unterdrücke und die Weiterentwicklung dieses Volkes nicht zulasse. Hierbei versprachen diese braunen Agitatoren der wendischen Bevölkerung, dass, wenn Hitler an die Macht kommen werde, die Wenden eine vollkommene kulturelle Autonomie erhalten würden, dass vor allem in allen Schulen, wo die Mehrzahl der Kinder von wendischen Eltern abstamme, der wendische Unterricht eingeführt werden würde u. d. m.

im Interesse des Gelingens des Vierjahresplans durchzuführen.“

Derselbe Betriebsführer wiederholte dann ungefähr noch einmal diese Worte gelegentlich eines sogenannten Kameradschafts-abends. Was nun auffiel, das war, dass die Nazis sich über das Verhalten dieses Betriebsführers aufzuregen schienen. Wenigstens taten sie so. In Wirklichkeit waren sie heilfroh, dass ihnen der Betriebsführer zu Hilfe kam.

Aber schliesslich kam doch der Pferdefuss bei der ganzen Sache zum Vorschein. Die Nazis verlangen nämlich von jenem Betriebsführer, dass er die Belegschaft in positivem Sinne aufkläre über den neuen Staat und über die politischen Ereignisse und Begebenheiten.

Unrichtig denkenden Volksgenossen müsse man auf den richtigen Weg helfen. Einem solchen unrichtig denkenden Volksgenossen solle man keineswegs sagen, er könne denken was er wolle.

Damit war der wunder Punkt berührt. Arbeiter, die denken wäs sie wollen, das darf es im Dritten Reich nicht geben. Was nützte schliesslich auch Hitler und Göring all die schönen Flugzeugmotore, wenn sie den Arbeitern erlaubten nachzudenken.

Arbeitslose Textilarbeiter

Wir erhalten aus verschiedenen Bezirken Deutschlands Berichte über Arbeiterentlassungen und Kurzarbeit in der Textilindustrie.

Im Bezirk Flöha-Frankenberg hat plötzlich in der Textilindustrie grosse Arbeitslosigkeit eingesetzt. Beim Arbeitsamt wurden 820 männliche und 1 710 weibliche Zugänge neu registriert. Es handelt sich durchweg um Spinnerinnen und Webereien. Dieser Rückschlag hat ziemliche Besorgnisse unter den Parteiangehörigen ausgelöst. Man bemüht sich deshalb eifrig, schnell wieder andere Arbeitsstellen zu schaffen. Die Männer werden nach Pirk bei Plauen zum Autobahnbau vermittelt. Diese plötzliche Umschulung in so schwere Arbeit macht aber noch mehr Verdross. Die Frauen werden teilweise nach Wolfenbitterfeld vermittelt. Sie können ihre neue Beschäftigung in einer neuerrichteten IG-Farben-Fabrik nach dem 1. Mai aufnehmen. Ausserdem wird grosse Reklame für die Wiedererschliessung der Kohlengruben im Flöhaer Gebiet gemacht, die seit 1880 stillgelegt worden sind. Es wird 5000 Arbeitern Arbeit ab 1. Juni versprochen. Es handelt sich dabei um eine Aktion des Vierjahresplanes.

Verschiedene Stoffwebereien in Gera wollten vom 1. April ab für 6 Wochen Kurzarbeit einführen, weil die Aufträge für die Frühjahrs- und Sommerstoffe schon erledigt sind und neue Aufträge nicht vorliegen. Wegen der Abstimmung am 10. April durften die Unternehmer ihre Absichten den Belegschaften vor diesem Zeitpunkt nicht mitteilen. Erst am 25. April

Bald nach der Machtübernahme aber begann die Unterdrückung und Verfolgung der kulturellen Bestrebungen der wendischen Bevölkerung. Zunächst wurde der gesamten deutschen Presse verboten, in bezug auf die Wenden die wissenschaftlich zutreffende Bezeichnung „Lausitzer Sorben“ zu verwenden. In den Schulen des Spreewaldes wie der anderen preussischen Kreise, in denen Wenden wohnen, wurde der wendische Religionsunterricht abgeschafft. Lediglich die Geistlichen dürfen den Kindern im letzten Schuljahr wöchentlich eine Stunde Religionsunterricht in wendischer Sprache erteilen. Der wendische Gottesdienst durfte in der Presse nur als „mundartlicher Gottesdienst“ angekündigt werden.

Obwohl sich die Leitung der bautzener wendischen Kulturorganisationen sofort nach Hitlers Machtübernahme — ob freiwillig oder unfreiwillig soll dahingestellt bleiben — gleichschaltete, wurde diese Kulturbewegung der Wenden von den Nationalsozialisten unterdrückt. Um wenigstens nicht alle kulturelle Selbständigkeit zu verlieren, wandten sich die Führer der wendischen Kulturorganisationen seinerzeit an den Stellvertreter des Führers, Hess. Zwar hatte Hess den Wenden seinerzeit versprochen, dass das Bestehende erhalten bleiben solle. Das Versprechen aber war nicht ernst gemeint. Unmittelbar nach

darf nunmehr mit 4 Tage Arbeit in der Woche begonnen werden.

In einer nordwestdeutschen Weberei und Spinnerei mit bisher 1 200 Beschäftigten mussten in der letzten Woche 100 Mann wegen Rohstoffmangel entlassen werden. Die ganze Weberei arbeitet schon längere Zeit nur 36 Stunden in der Woche. Die Spinnerei arbeitet noch 48 Stunden. Das Material ist sehr schlecht, sodass bei den meisten Arbeiten auf die Akkordlöhne Vergütungen gezahlt werden müssen. Durch das dauernde Reissen der Ersatzgarne auf dem Stuhl kann kein Arbeiter sein angeordnetes Quantum leisten. Die Tatsache so schwierig zu verarbeitenden Ersatzmaterials beweist hinlänglich die Minderwertigkeit der heutigen Stoffe.

Lebenslänglich KZ

In den Mooren an der holländischen Grenze, wo bislang noch teilweise der Arbeitsdienst im Umfang von rund 5000 Mann beschäftigt war, sind jetzt nur noch politische Gefangene an der Arbeit. Sie werden aus allen Gegenden des Reiches geschickt. Die Zurückziehung des Arbeitsdienstes wird mit der sehr gesundheitsschädlichen Arbeit begründet. Von den Arbeitsdienstlern waren stets ein Drittel arbeitsunfähig erkrankt. Besonders die Arme verlangte die Abberufung der jungen Arbeitsdienstler aus den Mooren, da die jungen Leute nach dem Arbeitsdienst schon wegen rheumatischer Erkrankungen und schwerer Katarrhe der Luftwege vermindert militärdienstfähig waren. In die Moore kommen auch die politischen Häftlinge, deren gerichtliche Strafe wegen illegaler Betätigung usw. beendet ist und die im Auftrag der Parteistellen weiter in Verwahrung gehalten werden.

Es wird ihnen erklärt, dass sie lebenslänglich von der Gesellschaft ausgeschlossen bleiben. Von einem dieser Gefangenen erhielten Frau und Tochter, die selbst nach mehrjähriger Zuchthausstrafe als einzige freigelassen sind, die Nachricht, dass seine Zeit nun wohl um wäre, er aber nicht mehr wieder käme, da er sein Leben im Konzentrationslager beenden müsse. Der Mann sprach Frau und Tochter Trost zu und erklärte, dass er selbst sein Schicksal zu tragen wisse.

Amtswalter und Lohnforderungen

Im Saargebiet fand eine Tagung der DAF, Amtswalter statt. Sie wurde von dem Kreisleiter Weber eingeleitet. Zu dieser Tagung waren sämtliche Amtswalter des Kreises Saarbrücken und der Orte an der Grenze entlang eingeladen. Der Kreisleiter Weber befasste sich sofort mit den Beschwerden der Grenzgänger und erklärte, dass es unmöglich wäre, den Grenzgängern einen höheren Kurs zu berechnen oder einen höheren Ausgleich zu zahlen.

der Abgabe dieses Versprechens durch Hess setzte unter der Führung des Bautzener Landeshauptmannes Sievert und des Oberbürgermeisters von Bautzen, Dr. Opitz eine rigorose Unterdrückung des Wendentums ein. Oberbürgermeister Dr. Opitz äusserte sich seinerzeit, dass er dafür sorgen wolle, dass innerhalb von 10 bis 15 Jahren das Wendentum verschwinden werde.

Dass es den oben genannten Herren mit ihrer Erklärung bitter ernst war, das beweisen ihre Taten. Kurz nach dieser Aeusserung wurde die einzige wendische Tageszeitung Deutschlands, die bis dahin in Bautzen erscheinende „Serbake Noviny“ vom Bezirkshauptmann verboten und das Druckereigebäude mit den Maschinen beschlagnahmt. Vor kurzem nun wurde der letzte Redakteur der genannten Zeitung Herr Staka, in Dresden verhaftet, weil er sich weiterhin für die Interessen der wendischen Kultur eingesetzt hatte.

Der Nationalsozialismus wütet in seiner Presse gegen die tschechische Demokratie, weil diese, nach Ansicht der Herrn Hitler, die deutsche Minderheit unterdrücke. Die lausitzer Sorben aber wären heilfroh, wenn sie nur ein Zehntel derjenigen kulturellen Freiheit, die die deutsche Minderheit der Tschechoslovakei geniess, besässen. Von der politischen Freiheit soll gar nicht gesprochen werden!

Die meisten der anwesenden Amtswalter sprachen sich darüber aus, dass den Grenzgängern ein höherer Ausgleich zugebilligt werden müsse. Sie stellten auf der Tagung die Forderung, den Grenzgängern eine 75prozentige Ausgleichszulage zu geben. Der Kreisleiter sprach gegen die Erhöhung der Ausgleichszulage und sagte: Die Grenzgänger haben uns schon genug Geld gekostet, es ist unmöglich ihnen noch weitere Zugeständnisse zu machen. Aber die Amtswalter gaben sich damit nicht zufrieden. Sie sagten: Die Stimmung der Grenzgänger ist mit Recht sehr erbittert, der Verlust wäre untragbar für sie. Ein Amtswalter erklärte: Wenn man den Grenzgängern nicht Rechnung tragen könne, sollte man sie im Saarbergbau beschäftigen, so ginge es nicht weiter.

Darauf erwiderte Kreisleiter Weber, dass eine Beschäftigung im Saarbergbau auch nicht möglich wäre.

Die Amtswalter ihrerseits aber gaben in der Sache nicht nach, sie forderten immer wieder die 75prozentige Ausgleichszulage. Nach langem Hin und Her musste der Kreisleiter Weber nachgeben, und er liess die Amtswalter über die Forderung abstimmen. Alle stimmten für einen 75prozentigen Ausgleich für die Grenzgänger.

Der Ausgesperrte

Im neuen Deutschland gibt es bekanntlich weder Streiks noch Aussperrungen mehr. Hin und wieder wird jedoch dieses Prinzip des neuen deutschen Sozialismus durchbrochen, wenn sich ein Arbeiter missliebiger gemacht hat. Ein Braunkohlenarbeiter, der seit 14 Jahren ununterbrochen in einer Grube in der Nähe Kölns tätig war, wurde auf Beschluss des Vertrauensrates vier Wochen ausgesperrt. Ausserdem wurde er ein Jahr von allen kameradschaftlichen Veranstaltungen des Betriebes ausgeschlossen.

Der Arbeiter klagte vor dem Kölner Arbeitsgericht auf Zahlung des Lohnes für die vier Wochen. Der Direktor des Unternehmens machte geltend, der Kläger habe diese Strafe auf einstimmigen Beschluss des Vertrauensrates erhalten, der ihm mitgeteilt habe, der Arbeiter habe sich „gröblicher Verstösse gegen die Volks- und Betriebsgemeinschaft“ schuldig gemacht. Als der Vertreter des Klägers meinte, dass eine derartige Strafe im Widerspruch zu dem geltenden Arbeitsrecht stehe, und dass der Arbeiter in diesen vier Wochen nicht einmal Arbeitslosenunterstützung erhalten habe, belehrte ihn der Vorsitzende energisch eines andern. Der Kläger musste seine Klage auf vierwöchentliche Lohnzahlung in Höhe von 120 Mark zurückziehen, worauf der Vertrauensrat zusagte, dass man dem Kläger gütigst wieder zu den Betriebsveranstaltungen zuziehen werde. Wenn er aber noch einmal gegen die Volks- und Betriebsgemeinschaft verstösse, dann werde er sofort gekündigt!

Konservatismus gegen Freiheit

Reaktionäre Tendenzen der europäischen Politik

Die politische Konstellation in Europa hat sich im Laufe von fünf Jahren völlig gewandelt, die Machtverhältnisse sind verschoben. Dennoch treten gerade heute einige Linien klar hervor, auf denen schon unmittelbar nach dem Ende des Weltkrieges die Politik der europäischen Mächte betrieben worden ist. Die unmittelbare militärische Kraft Deutschlands ist heute zu einem ausschlaggebenden Faktor der europäischen Politik geworden. Indessen hat die französische Politik gleich nach der Niederlage und der Entwaffnung Deutschlands die virtuelle militärische Kraft des geschlagenen Deutschland nicht weniger ernst genommen als heute die tatsächliche militärische Macht des Dritten Reiches. Aus dieser Sorge um die virtuelle militärische Kraft ist das französische Sicherheitsbedürfnis entsprungen — das Streben nach Allianzen für den Tag, an dem die deutsche virtuelle Macht in tatsächliche umgewandelt werden würde. Diese tiefste und innerste Sorge der französischen Politik hat mancherlei Ausdrucksformen gefunden: die Pläne auf das linke Rheinufer und die Ruhrbesetzung, das gescheiterte Genfer Protokoll wie den Locarnovertrag, die Bemühungen des Poincarismus wie die Bemühungen der französischen Sozialisten um die kollektive Abrüstung, die Bündnispolitik Frankreichs in Ost- und Mitteleuropa, die Versuche, die französische Sicherheit in der kollektiven Sicherheit durch Beistandspakte zu verankern, den Bündnisvertrag mit Sowjetrußland so gut wie die Lavalpolitik. Durch diese Sorge ist die Politik aller französischen Staatsmänner bestimmt worden, der Poincaré, Briand, Barthou, Laval, Léon Blum, Daladier. Die englisch-französische Allianz von heute steht am Ende eines fünfzehnjährigen Strebens nach Sicherheit, sie erscheint allen Franzosen als eine effektivere Garantie der Sicherheit als seinerzeit der Beistandspakt mit Sowjetrußland.

Diese Allianz entspricht einer in der Tiefe des französischen Volkes ruhenden Tendenz — aber ist sie auch der Ausdruck einer rein ideellen Tendenz? Ist die Allianz zwischen den beiden demokratischen Mächten England und Frankreich nicht auch eine demokratische Allianz, ein „ideologischer Block“? Es ist kein Zweifel, dass ein Bündnis, das auf der einen Seite von der Regierung Daladier, auf der anderen von der Regierung Chamberlain geschlossen worden ist, keinen demokratisch-antifaschistischen Block darstellt, und dass es nicht mit den ideellen Linien eines Parteiprogramms übereinstimmt. Es ist am schärfsten an den Männern der französischen Volksfront hervorgetreten, dass zwischen ihren grossen aussenpolitischen Aktionen und der Ideologie ihrer durch die Volksfront verbundenen Parteien eine bemerkenswerte Nichtübereinstimmung besteht. Wollte man diese Nichtübereinstimmung auf eine Formel bringen, so müsste man sagen, dass die Bedürfnisse des demokratischen Konservatismus über die Forderungen des demokratischen antifaschistischen Aktivismus hinweggegangen sind. Es hat sich wie immer in

der Geschichte — gezeigt, dass ein altes Geschehen in Gegensatzpaare zerlegendes Denken so ungenaue Abbilder der Wirklichkeit liefert, dass die Nichtübereinstimmung sehr rasch erkenntlich wird. Die kommunistische Art des politischen Denkens, die vor 1933 alles politische Geschehen auf die Zweiteilung der Welt in Kommunisten und Antifaschisten zurückführte, ist von ihnen selbst notgedrungen aufgegeben worden, als der Anbruch des wirklichen Faschismus ihnen schmerzhaft den Unterschied zwischen „bürgerlicher Demokratie“ und Faschismus klarmachte. Heute wird uns allen schmerzhaft zum Bewusstsein gebracht, dass die europäische Politik sich nicht auf den Gegensatz zwischen demokratischer Freiheit und Faschismus reduzieren lässt, sondern dass es einen nationalen Konservatismus gibt, der mit seinen weit zurückgehenden politischen Traditionen und Denktraditionen den Gang der europäischen Politik entscheidend beeinflusst. Was wir alle den Verrat an Spanien nennen, ist die Tatsache, dass zwischen diesem nationalen demokratischen Konservatismus und der militanten, antifaschistischen Vertretung des Freiheitsprinzips sehr beträchtliche Unterschiede bestehen, ohne dass dieser Konservatismus darum schon Faschismus wäre.

Politisches Denken in Gegensatzpaaren ist von grossem propagandistischen Wert im Parteikampfe, und in einem kommenden Kriege wird es sicherlich wieder Triumphe feiern. Bei der Suche nach der Erkenntnis dessen, was wirklich ist, steht es immer hemmend im Wege. Es wird immer bewirken, dass Episoden einer Entwicklung, wenn sie schon abgeschlossen sind, in der Ideologie noch als existent angesehen werden und das politische Urteil trüben, wenn alles schon ganz anders ist. Die heutige Konstellation der europäischen Politik wird nicht richtig gefasst, wenn man sie nach dem Gegensatzpaar Volksfront — Faschismus begreifen wollte. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen England, Frankreich und Italien, und vor allem die innere Entwicklung in Frankreich nötigen dazu, die aussenpolitischen Erwartungen, die mit dem Begriff und der politischen Erscheinung Volksfront in Frankreich verknüpft worden sind, als eine abgeschlossene Episode anzusehen. Diese Erscheinung Volksfront ist in einer bestimmten europäischen Konstellation entstanden: mit dem Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund und der damit verbundenen Umkommandierung der kommunistischen Ideologie ins Demokratische. In Frankreich wurde die Grundlage dazu geschaffen beim Abschluss des Beistandspaktes zwischen Frankreich und der Sowjetunion durch ausdrückliche Erklärungen Stalins über die Revision der Stellungnahme der kommunistischen Partei zu den Militärrüstungen Frankreichs und durch entsprechende Anweisungen der Komintern. Nun pflegen sich im allgemeinen grosse Meinungsströmungen von selbständigem geschichtlichen Gewicht nicht durch einfache Befehle in ein entgegengesetztes Bett umlenken zu lassen. Man musste deshalb von

vornherein gegenüber dieser Grundlage der Volksfront skeptisch bis zum Äussersten sein. Diese demokratische Gebärde Sowjetrußlands ist inzwischen auch gründlich zerstört worden; denn zwischen dem Bekenntnis der französischen Kommunisten zu Freiheit und Demokratie und der barbarisch-despotischen Wirklichkeit in Sowjetrußland ist eine Kluft, die durch keine Gedankenakrobatie überbrückt werden kann.

Die Volksfrontideologie ist auf das engste verbunden worden mit der Idee der kollektiven Sicherheit und der Führung der Aussenpolitik unter dem Gesichtspunkt des antifaschistischen Kampfes. Sie ist in Frankreich praktisch verbunden gewesen mit dem Kampfe gegen die Politik Laval, dessen Sturz sie herbeigeführt hat. Aber es hat sich in Frankreich wie auch in England erwiesen, dass sie wohl vorübergehend stark genug war, politische Aktionen zu verhindern, die mit der Idee der kollektiven Sicherheit unvereinbar waren — so die imperialistischen Geschäfte Laval mit Mussolini und den Laval-Hoare-Plan — dass sie aber niemals stark genug war, um im Positiven der Politik wenigstens Frankreichs ihr Siegel aufzudrücken. Im Kampfe gegen Laval hatte sie der auf Gleichgewicht und Machtrechnung eingestellten Opportunitätspolitik Laval eine europäische Konzeption im Geiste des Völkerbundes entgegengesetzt, die sich auf das stärkste auf die Teilnahme Sowjetrußlands am Völkerbund stützte. Die Regierungspraxis der französischen Volksfront hat alsbald gezeigt, dass der Gemeinschaft der innerpolitischen Zielsetzungen der von ihr umfassten Parteien im Kampfe gegen die französische Gegenrevolution keine Gemeinschaft der aussenpolitischen Zielsetzung im Kampfe gegen die europäische Gegenrevolution entsprach, dass vielmehr die Traditionen der französischen Aussenpolitik und die Staatsraison des Nationalstaates Frankreich auf die führenden Politiker der Volksfront stärker wirkten als das Prinzip der europäischen Freiheit. Die Regierungspolitik der Volksfront hat sich sofort festgelegt auf die Thesen des nationalen Konservatismus: keine Interventionen der Demokratie zugunsten der Demokratie, keine Führung der Aussenpolitik unter dem Gesichtspunkt der Förderung der europäischen Demokratie, sondern ausschliesslich unter dem Gesichtspunkt nationaler Besitzinteressen, keine Blockbildung unter ideologischem Gesichtspunkt. In der Praxis hat sich die Liquidation der Sanktionen gegen das faschistische Italien durchgeführt hat mit der Politik der Nichtintervention in Spanien auf das stärkste den Unterschied zwischen ihrer Ideologie und ihrer Politik aufgezeigt, und ist eben im Begriffe, dort wieder anzuknüpfen, wo sie mit dem Einsetzen der Völkerbundsanktionen gegen Italien die traditionelle Linie verlassen hatte. In aussenpolitischen Dingen haben sich jedenfalls alle französischen Volksfrontregierungen keineswegs als Gefangene der Volksfrontideologie gefühlt, sie sind vielmehr elastisch den Wandlungen der europäischen Kon-

stellation nachgefolgt. Diese Nachfolge ist mit dem allgemeinen Zuge der europäischen Entwicklung in einer bestimmten Richtung erfolgt: entschieden von der eigentlichen Volksfrontideologie hinweg zum nationalen Konservatismus hin, und sie hält gegenwärtig bei den Vereinbarungen mit der Regierung Chamberlain.

Im Laufe dieser Entwicklung ist der Stern der Volksfrontideologie immer stärker verblasst und der episodenhafte Charakter, der aufs stärkste von den Kommunisten propagierten Volksfront im internationalen Massstabe klar erkennbar geworden. Die Illusionen, dass in Westeuropa auf dem Boden des Völkerbundespaktes eine von den Ideen der Demokratie und des Rechtes getragene Politik sich durchsetzen würde, verfliegen. Es war dabei immer eine gefährliche Fiktion, dass der französisch-sowjetrußische Pakt ein demokratisches Bündnis gegen den Faschismus darstelle. Ein despotisch regiertes Land als einen Vorkämpfer der Freiheit bezeichnen, muss notwendig ideologische Verwirrung schaffen. So wenig wie die Idee der demokratischen Freiheit in Sowjetrußland lebendig geworden ist, so wenig ist sie in Westeuropa in praktische Politik umgesetzt worden. Der Völkerbund hätte zu einem Instrument der europäischen Demokratie werden können, wenn die grossen Regierungen die Prinzipien des Paktes zu Prinzipien ihrer Politik gemacht hätten. Indessen sind die Regierungen der grossen Länder heute davon weiter entfernt als jemals zuvor. Die konservative englische Regierung ist ebensowenig wie die Sowjetregierung eine Kraft der europäischen Freiheit. Sie ist die typischste Vertreterin des nationalen demokratischen Konservatismus, der der *Bewegung* zur Freiheit als *Widerstand* entgegentritt. Der englisch-italienische Vertrag ist der Versuch eines egoistischen Ausgleiches zwischen einem älteren konservativen Imperialismus und einem jüngeren erobderungslustigen Imperialismus. Von dem Bekenntnis zu Liberalismus und Demokratie, das der frühere konservative Ministerpräsident Baldwin abgelegt hatte, ist bei der Regierung Chamberlain nicht mehr die Rede. Die Trennung der Staatspolitik der demokratischen Länder von den demokratischen Ideen kann heute niemand mehr übersehen.

Europa ist zurückgefallen in die Ära der imperialistischen Blockbildung. Fronten für einen kommenden Krieg schieben sich zusammen, aber nach Motiven und Prinzipien, die mit den Ideen der demokratischen Freiheit wenig zu tun haben. Dieser Prozess wird begleitet von grenzenloser ideeller Verwirrung und Zerstörung. Es ist gefährlich für die demokratische Idee, wenn sie als ideologische Verhüllung für eine Politik benutzt wird, die von ganz anderen geistigen und materiellen Grundlagen ausgeht, noch gefährlicher ist es, wenn die demokratischen Parteien sich darüber täuschen würden, welchen Gefahren die Demokratie in einem kommenden Kriege entgegenght — mag er ausgehen wie er will. C. G.

Expropriation und Pogrom

Zur Konstriktion der Judenvermögen im Dritten Reich

Es bedarf keines Beweises, dass die Ausplünderung der Juden, wie sie sich im Dritten Reich abspielt, mit der „Expropriation der Expropriateure“, von der einst Karl Marx sprach, auch nicht das Allerentfernteste zu tun hat. Die Expropriation der Expropriateure, die Enteignung der kapitalistischen Ausbeuter, war gedacht als eine unvermeidliche Uebergangsmassnahme, um die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische vorzubereiten. Sie sollte zur Schaffung einer Gesellschaft von Freien und Gleichen dienen, in der auch der exproprierte Expropriateur seinen Platz finden konnte. Marx hat in der Vorrede zu seinem „Kapital“ ausdrücklich festgestellt, dass seine Kritik an dem System des Kapitalismus eben nur dieses System, nicht aber den einzelnen Kapitalisten als Menschen treffen sollte. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben natürlich oft im Kampf gegen die Ausbeutungsmethoden der Unternehmer gestanden, sie haben aber niemals alle Unternehmer in einen Topf geworfen, sondern persönliche Eigenschaften und Verdienste auch bei den Unternehmern gerne anerkannt. Ein Ernst Abbe, der Schöpfer der Jenaer Zeiss-Werke, genoss wegen seiner sozialen Gesinnung gerade in Arbeiterkreisen grösste Verehrung. Und an der Bahre des Grosskapitalisten Walter Rathenau, des von den Nationalisten ermordeten Aussenministers der Republik, trauerten Millionen sozialistischer Arbeiter.

Die Frage, ob Enteignungen mit oder ohne Entschädigung erfolgen sollen, war unter Sozialisten umstritten. Die englische Arbeiterpartei hat sich in ihrer letzten programmatischen Erklärung mit Nachdruck für die Entschädigung ausgesprochen. Aber auch die Gegner der Entschädigung haben sich niemals auf den Standpunkt gestellt, dass die Enteignung als ein Mittel zur Vernichtung und Ausrottung einer bestimmten Kategorie von Menschen zu verwenden sei. Selbst die bolschewistische Revo-

lution in Russland, bei der es gewiss hart zugegangen ist, hat sich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, dass ein „Burschoj“ der zum Werkzeug greift und wie ein Proletarier schuftet, eben nicht schlechter als dieser zu behandeln sei. Dass man Menschen ihr Vermögen wegnehmen, zugleich aber auch ihnen die Gelegenheit versperren kann, sich ihr Brot zu verdienen, ist eine nationalsozialistische Erfindung.

Einen besonderen Fall bildete der Antrag auf entschädigungslose Enteignung der ehemals regierenden Fürsten, der seinerzeit von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam zur Volksabstimmung eingebracht wurde. An sich wären die Sozialdemokraten gerne bereit gewesen, auch den Fürstenfamilien eine bescheidene Entschädigung zuzusprechen, und das wäre auch praktisch das Richtige gewesen, denn in dieser Form hätte den Antrag wahrscheinlich bei der Volksabstimmung die Mehrheit bekommen. Die bekannte Neigung der Kommunisten, die Sozialdemokraten zu überbieten, machte ein solches grundsätzlich richtiges und auch taktisch nützlich Verhalten unmöglich. Uebrigens wären die Mitglieder der ehemals regierenden Familien auch nicht Hungers gestorben, wenn der Antrag angenommen worden wäre, und daran, dass man ihnen die Arbeit zur Erhaltung ihrer Existenz verbieten könnte, hat natürlich kein Mensch gedacht.

Damals, als es um die Enteignung der Fürsten ging, sprang der alte Hindenburg vor, um das heilige Eigentum zu schützen und die ganze bürgerliche Presse, von den Deutschen nationalen angefangen bis herüber zu den Demokraten, sang, bald in Dur, bald in Moll, das alte Lied von der „eigentumsfeindlichen“ Sozialdemokratie. Wo sind die edlen Sänger alle geblieben?

Mit der Expropriation der Expropriateure, der Enteignung der Kapitalisten mit oder ohne Entschädigung, hat, wie schon gesagt, das Verhalten der Nazi gegenüber den Judenvermög-

gen und dem Privateigentum überhaupt nicht das Allerentfernteste zu tun. Die Einstellung der Nazi zur Eigentumsfrage ist nicht sozialistisch, sondern im übelsten Sinne des Wortes „anarchistisch“. Was in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts einige verrückte oder verbrecherisch veranlagte Anarchisten trieben — Mord und Plünderung zugunsten der Parteilasse und ihrer eigenen — das haben die Nazi in ein System gebracht.

Ihr Feldzug gegen das Eigentum der anderen begann mit dem Raub des Vermögens der sozialistischen Arbeiterorganisationen, auch der harmlosesten unpolitischen. Er wurde fortgesetzt, indem auch das Vermögen aller anderen nichtnazistischen Organisationen, der Christlichen Gewerkschaften usw. konfisziert wurde. Den sogenannten Staatsfeinden und den Juden, die man durch barbarische Verfolgungen aus dem Lande getrieben hatte, stahl man alles, was sie zurückgelassen hatten. Solche Räuberstücke gibt es unzählige. Man hat sie kaum beachtet, da man ja nicht einmal Zeit hatte, sich mit allen Fällen von Mord und Menschenraub so zu beschäftigen, wie sie es verdient hätten. Nur an ein Prachtstück aus dieser Verbrechergeschichte sei hier noch erinnert: die Ausplünderung der jüdischen Loge Bne Brith. In diesem Falle hat man das Geld gestohlen, das die noch nicht völlig verelendeten Juden gesammelt hatten, um denen zu helfen, die von den Nazi schon in den nackten Hunger getrieben worden waren!

Von der Sentimentalität der edlen Räuber, von der man in alten Romanen so viel liest, ist das moderne Gangstertum gänzlich unberührt.

So fällt auch die neuerdings angeordnete Konstriktion der Judenvermögen ganz in den Rahmen der bisher gegen „Staatsfeinde und Juden“ getroffenen Massnahmen. Sie dient in keiner Weise dem Wohl der Allgemeinheit, sondern nur der Bereicherung einer schmalen Schicht von Neureichen und Neuprivilegierten. Sie ist keine Massnahme, die trotz

ihrer Härte ergriffen wird, weil sie etwa notwendig wäre, um ein Ideal der höheren Menschlichkeit zu verwirklichen — wie das die Expropriation der Expropriateure sein sollte —, sondern sie wird ergriffen wegen ihrer Härte aus dumpfem, stumpfsinnigem Hass, aus fanatischem Vernichtungswillen und aus zielbewusster Beutejagd.

Die nazistische Presse versucht den neuen Raubzug zu rechtfertigen mit der Bemerkung, dass die Judenvermögen wohl zum grössten Teil in unsauberer Weise erworben worden seien. Gegen die Konfiskation unsauber erworbener Vermögen haben wir Sozialisten nicht das allergeringste einzuwenden, wir sind im Gegenteil mit ihr im höchsten Grade einverstanden. Aber die Riesenvermögen, die in den letzten fünf Jahren auf höchst unsaubere Weise erworben wurden, sind ganz bestimmt nicht in jüdische Hände gelangt. Diese unsauber erworbenen Vermögen werden durch die neue Verordnung nicht nur nicht angetastet, sie sollen im Gegenteil durch sie noch vermehrt werden. Denn alles, was den Juden weggenommen wird, auch das ehrlich erworbene, landet auf mehr oder weniger verschlungenen Umwegen in den Kassen der neuen Machthaber und Grossverdiener.

Es ist wahrlich eine ungeheure Tragödie, die sich am Judentum im Dritten Reich vollzieht. Aber diese Tragödie hat auch ihre grotesken und geradezu komisch anmutenden Szenen. Es ist wirklich ein Vergnügen, die „arischen“ Wirtschaftskapitäne, die Herrschaften von Bildung und Besitz, die sich einst über die eigentumsfeindliche Sozialdemokratie das Maul zerrissen, zu beobachten, wie sie jetzt „Heil Hitler“ dazu machen, wenn alle ihre Begriffe von bürgerlicher Ordnung und von der Heiligkeit des Eigentums mit Füßen getreten werden. Diese Toren denken: „Was gehen uns die Juden an?“ Sie überlegen nicht, dass eine Expropriation, die bei den Juden anfängt, auf die Dauer bestimmt nicht bei diesen halt machen wird.

Wir Sozialisten sind durch unsere humanen Grundsätze davor hinreichend geschützt, nach Nazistenart gegen Personen oder Personengruppen

Der Alltag

Es war etwas geschehen. Man merkte es der Versammlung an: die vieltausendfache Menge hielt den Atem an — dann brach ein solcher Beifallssturm los, dass der Minister minutenlang nicht weiter reden konnte. Die Presseleute auf der Tribüne stürzten aufgeregt durcheinander, zuckten die Achseln und schrieben weiter.

Der Minister aber spürte im selben Moment: die Welt hat einen Stoss bekommen. Er sah, wie die Presseleute aufstoben, wie der Stenograph fragend zum Vorsitzenden aufschaute, wie sich einige Herren auf der Prominententribüne erhoben und unsichtbar machten.

Noch am selben Abend huldigte die Menge dem Minister mit einem Fackelzug und Ovationen vor seiner Wohnung. Das geschah zur selben Stunde, da der Minister dringend zum Ministerpräsidenten bestellt worden war, der ihm vor versammelter Kabinettsfeierlich erklärte, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, weshalb es nötig sei, sofort eine Berichtigung an die Presse zu geben.

Worauf der Minister gestand, er habe wirklich einmal weiter nichts als die Wahrheit gesagt, er vermöge also leider nichts zu berichtigen. Der Chef hingegen wiederholte, auch die Wahrheit sei etwas Relatives, also variabel und auf keinen Fall einen Krieg wert, was dem Minister wiederum die Aeusserung abnötigte, Krieg entstehe aus einer solchen Wahrheit noch lange nicht, im Gegenteil, die freien Völker würden Mut fassen, wenn man sich müht zu zeigen . . .

Aber da hatte offenbar schon der Finanzminister das Wort, denn über den grü-

nen Tisch hinweg prasselten Ziffern. Wenn die Worte des offenerzigen verehrten Herrn Kollegen hinaus gingen, werde die Unruhe der Welt vermehrt, Unruhe aber verschlechtere die Geschäfte, steigere die Rüstungsausgaben, und das Gewissen der Welt erscheine mithin zu kostspielig.

So kam nacheinander das ganze Kabinetts zu Worte. Als Letzter machte der Kultusminister geltend, gerade jetzt bahne sich eine geistige Annäherung mit der beschimpften Nation an, die kulturellen Beziehungen würden durch die Worte des allzu aufrichtigen Kollegen bedroht und man müsse über den neueren Stand der Dinge in den Konzentrationslagern erst genauere Erkundigungen einziehen, ehe man sich a) überhaupt und b) derart senkrecht äussern dürfe.

Der erste Minister jedoch blieb unerfreulicherweise merkwürdig stur, sei es, dass er Worte nicht gern zurücknahm, sei es, dass er die Ministerei ohnehin satt hatte, sei es, dass er mehr dafür war, Lügen durch Wahrheit zu berichtigen, statt umgekehrt. Denn was hatte er in jener Versammlung eigentlich geäußert? Er hatte nur gesagt, es sei barbarisch und Europa unwürdig, Menschen ihrer menschlichen Gesinnung wegen zu malträtieren und Menschen ihrer Abstammung wegen zu verfeimen und zum Tode zu verurteilen.

Die Sorge der Verantwortlichen erwies sich als völlig unbegründet, die Worte des Ministers wurden in der Presse verschwiegen. Denn die einen waren der Meinung, dass die Berichtigung ohnehin kommen würde, wozu also erst den richtigen Bericht bringen? Und die anderen glaubten, nicht richtig gehört zu haben. Weshalb es überflüssig ist, anzunehmen, was weiter gesehen wäre, wenn . . .

Der Sekretär des Ministers aber traf einige Zeit später einen berufsmässigen Satiriker, dem er sagte, obiges sei doch zweifelsohne Stoff zu einer Satire, worauf ihm der Satiriker teils beleidigt, teils angeedelt den Rücken wandte. Der Andere konnte ja nicht wissen, was dem Satiriker in letzter Zeit widerfuhr, weshalb wir den Minister nunmehr endgültig verlassen und uns kurz dem Satiriker zuwenden wollen.

Dieser hatte nämlich tags zuvor beschlossen, entweder sich oder seinen Beruf an den Nagel zu hängen. Er entschied sich für das Letztere. Jahrelang schon kämpfte er auf verlorenem Posten. Man forderte von ihm satirische Stories gegen die moderne Despotie und er versagte kläglich. Er schrieb die Pistole vom Diktator, der sich am Byzantinismus der Schranzen solcher Massen berauscht, dass er nicht mehr weiss, ob er von Gott oder Gott von ihm gesandt sei. Brachte das Manus dem Redakteur, welcher schlicht abweisend sagte: „Aber Allerwertester, wo bleibt die Satire? Sie kleben zu sehr an der Wirklichkeit!“

Der Satiriker schilderte eine Mutter, die als Geburtstagsgeschenk für ihren Sohn eine aufgehende Pfarre abbrennt, um die Standesamtsregister und damit alle Nachforschungen nach der Grossmutter zu erledigen. — Der Redakteur schlug verzweifelt mit den Flügeln: „Mann Gottes, das alles ist doch mehrfach passiert! Das ist heutzutage das gestürzte Pferd aus dem Lokale. Wo bleibt die satirische Uebertreibung?“

Der Satiriker bedachte: einen jungen Menschen, der in sich die Stimmen von vier Rassen zu hören glaubt und darauf die Rassenpantocherei seiner Vorfahren durch Muttermord zu sühnen gedachte; eine lukrative Despotie die für Freiheit

und Menschlichkeit, nur für Freiheit und Menschlichkeit kämpft und darum mit Recht jeden ins KZ wirft, der an dieser Freiheit zu zweifeln wagt;

zwei Diktatoren, die mehrfach feierlich die Souveränität und Selbständigkeit eines kleinen Staates garantieren, ehe sie ihn kurzerhand verschlingen, weil er seine Selbständigkeit immer noch zu selbständig aufzufassen wagte;

einen Völkerbund, der sich aus Angst vorm Gefressenwerden so schwach zeigt, dass sich ein Staat nach dem anderen auffressen lässt.

Solches brachte unser Autor dem Redakteur zur Auswahl. Der sah den Satiriker traurig an: „Alles Alltag“. Dann, überquerenden Mitleids voll: „Sie werden alt, mehr Lieber.“

Im Caféhaus stiess der verzweifelte Satiriker auf einen Geschäftsreisenden. Wie stehts, wie rechts? Statt weiterer Worte zeigte der Satiriker dem wendigen jungen Mann die abgelebten Manuskrifte. Der stöberte eine Weile drin herum. „Gemacht Ganz gross. Geben Sie mir Prokura?“

Der Autor nickte müd.

Kurze Zeit darauf wunderte sich der Satiriker, dass einige seiner Bekannten grübellos an ihm vorüber wechselten. Einer jedoch konnte sich nicht bremsen, sagte seine Meinung rund heraus und belegte sie mit deutschen Zeitungshäutern. Der Satiriker bohrte seine Augen in die Gleichgeschalteten und seine Pupillen weiteten sich um ein Beträchtliches. Da stand seine Stories mit einem anderen Namen versehen, da und dort kleiner unbeträchtlicher Korrekturen verdächtig. Voran ein Motto, darin ein neues junges Talent vorgestellt wurde, im Grenzland aufgewachsen, der neuen Wirklichkeit einsatzbereit. In

Ernüchterung eines Philosophen

Heidegger macht nicht mehr gerne Pfötchen

Schon vor der Machtergreifung Hitlers hatten die Nationalsozialisten *Martin Heidegger* zu ihrem offiziellen Philosophen erhoben. Äusserlich biographisch war das geradezu kurios. Er kam her von der „Marburger Schule“ unter *Hermann Cohen*. Im weiteren Entwicklungsgang schloss er sich *Ernst Cassirer* an und ein dritter Jude, *Edmund Husserl*, gewann massgebenden Einfluss auf seine philosophischen Überzeugungen. Dann folgte der Sprung zur Metaphysik. Cohen, Cassirer, Husserl waren damit verabschiedet. Aber nun erlegte sich Heidegger eine grössere Abhängigkeit auf als vorher. *Henri Bergson* wurde sein Meister. Was Heidegger sagt oder sagen will, steht, viel eindrucksvoller formuliert, in den Büchern des französischen Philosophen.

Ueber Heideggers Entwicklung sind viele Witze gerissen worden; den schlechtesten hat er selbst gemacht, als er nach allem Nationalsozialist wurde. Ein ausdrückliches Bekenntnis zum Dritten Reich hat er, vor 1933, eigentlich nie abgelegt. Er sprach sich aber, meistens in dunkler Bildersprache und mit orakelhaften Andeutungen, zu Gunsten des totalen Staates in der Hand des allmächtigen Führers aus. Er war ganz dafür, Kunst, Wissenschaft, Religion auf Staatszwecke abzustellen und den Staatsrespektive Führerkult zum Hauptinhalt der Religion zu machen. Er ging mit den Rassen mit, ohne für die Nordiker Theorie à la Stapel-Günther Glauben aufzubringen. Es sah da immer so aus, als ob er, kein gutes Gewissen hatte, die Rasse seiner jüdischen Lehrer in die Unterklasse des Menschentums zu verweisen. Man hielt also Heidegger mit guten Gründen für einen Nationalsozialisten und er selbst schien sehr erfreut zu sein, als ihn Goebbels einmal, 1932 schon, parteioffiziell zum repräsentativen Philosophen des Dritten Reiches ernannte.

Anerkennung verpflichtet. Nach Hitlers Machtübernahme gebärdete er sich offen nationalsozialistisch. Er hielt viele Reden über Führer, Führer-Eignung, Führer-„Ethos“. Dabei prägte er einmal das Wort, dass die Hegelsche Staatsidee ihre vollendete Ausprägung in Hitler-Deutschland gefunden und damit „eine Platonische Idee an sich in der Wirklichkeit“ geworden sei.

Aber auch Heideggers Enthusiasmus hielt nicht an. Seit mehr als einem Jahr passierte es ihm öfters, dass er bei der Studentenbeurteilung die vorgeschriebene „Heil-Hitler“-Formel unterliess. Absicht?

heul los und ward jedes Mal vom Zeitungsbericht gewissenhaft notiert. Beispielsweise so:

„Die Zwanzigtausend springen auf und Sprechchöre hindern lange Zeit den Minister am Weltersprechen: „Wir danken unserem Führer. Wir danken unserem Führer!“ ... Wieder brausen im Takte zwanzigtausend Kehlen die Rufe „Ja, ja“ und „Sieg Heil!“

Undsowweiter in dieser Art. So also ging das zu — laut Bericht. Kein Theaterdirektor, weder in Wien noch sonstwo, hätte je

Fehlleistung im psychoanalytischen Sinne, d. h. Unachtsamkeit aus verdrängter Gesinnung des Uebelwollens? Die Freiburger Studenten stellten mit grossem Vergnügen fest, dass Heidegger auch nicht mehr gern „Pfötchen“ mache.“ Ein grosser Teil der akademischen Jugend, die einstige Avantgarde des Nationalsozialismus, steht heute in Opposition. Das Dritte Reich hat sie böse enttäuscht. Von ihm erwartete sie die Wiederherstellung der alten Burschenherrlichkeit und der traditionellen Vorrechte im Staatsdienst. Sie musste erleben, dass gerade das Hitlersystem damit Schluss machte. Die Ersetzung der akademischen Freiheit durch Arbeitslager, Gemeinschaftslager, militärischen Dienst hat die Studentenschaft, besonders die in Corps- und Burschenschaften organisierte, erst recht gegen den Nationalsozialismus aufgebracht. „Passt auf, der Heidegger läuft ihnen auch noch davon!“

Im Sommer 1937 hielt er Seminarübungen in Anknüpfung an *Thomas Hobbes* Werk „*Leviathan*“. Was sollte das bedeuten? *Leviathan*, das ist der allmächtige, in alle privaten Sphären eindringende Staat und Hobbes legt dem Repräsentanten dieses Staates, dem absoluten Fürsten, geradezu die Pflicht auf, die Angelegenheiten des privaten Lebens möglichst vollständig in den Staatsraum einzubeziehen, um sie in seinem Interesse zu regeln. Wollte Heidegger für sein nachlässiges „Pfötchen machen“ Busse tun? Wollte er zeigen, dass er noch immer vor Begeisterung für Hitler und Goebbels bersten kann? Durchaus nicht. Er benutzte die Hobbes'sche Schrift, um die Verfehltheit der totalitären Staatskompetenzen und ihren vandalisierenden Einfluss auf die menschliche Gesittung darzulegen. Der sonst ziemlich pathetische und zur Schmelzerei neigende Mann wurde dabei manchmal witzig. Wenn Hobbes dem absoluten Monarchen das Recht einräumt, seinen Untertanen Religion oder Religionslosigkeit vorzuschreiben, so gab ihm Heidegger auch noch das Recht, sie auf Spinoza und Einstein einzuzerzieren. Ja, wohl, der verruchte Name Einstein fiel im akademischen Seminar und die meisten Studenten quittierten mit Beifallsgetrammel. Wenn Hobbes seinem absoluten Fürsten gestattete, Grundsätze der Logik abzuändern und die Abänderung als neues Dogma gewaltsam einzuführen, so empfahl Heidegger ihm noch, den Untertanen zu befahlen, dass sie ihre Nasen auf dem Rücken tragen. Der ehemalige Verfechter des

derartige geleistet. Die verbotenen Wiener Theaterclaqueure, — sie haben sich allenfalls die Hände wundgeklopft, sie haben hier und da ein paar schlecht bezahlte Bravorufe hören lassen. Aber niemals hat man sie zu grossen, wohldressierten Sprechchören, Claque-Chören zusammengefasst, die auf einen Wink oder auf ein Lichtsignal hin ganze Jubel- und Dankesätze „spontan“ deklamiert hätten. Diese — sich freilich selbst entlarvende — Hyperclaque in Wien gestartet zu haben, bleibt das Verdienst der Braunen, dersel-

ben Leute, die gleichzeitig das Wiener Claque-Verbot erliessen, aus sittlicher Entrüstung über „derartige Methoden“.

Das Claque-Verbot — der Goebbels liess es unerwähnt in seiner Befreiungsrede. Schade. Es hätte sich so schön gemacht, wenn er die jüdisch-marxistisch-katholische Unsitte der Beifallsmache nach Kräften geegelt hätte. Immer wieder hätten ihn seine Sprechchöre, seine Sprechclaqueure unterbrochen mit dem taktfest einstudierten Jubelsatz: „Wir danken unserm Führer!“ ...

Man zieht Parallelen mit anderen, mit Richard Strauss, mit Planck. Sie wollten sich dem Dritten Reich zur Verfügung stellen, sich vielleicht gar hofieren lassen und immer müssen sie die Erfahrung machen, dass man nicht einmal den *modus vivendi* mit ihren Führern finden kann, wenn man den Anspruch erhebt, Gelehrter, Künstler und sittlicher Mensch zu bleiben.

Bruno Altmann.

ben Leute, die gleichzeitig das Wiener Claque-Verbot erliessen, aus sittlicher Entrüstung über „derartige Methoden“.

Das Claque-Verbot — der Goebbels liess es unerwähnt in seiner Befreiungsrede. Schade. Es hätte sich so schön gemacht, wenn er die jüdisch-marxistisch-katholische Unsitte der Beifallsmache nach Kräften geegelt hätte. Immer wieder hätten ihn seine Sprechchöre, seine Sprechclaqueure unterbrochen mit dem taktfest einstudierten Jubelsatz: „Wir danken unserm Führer!“ ...

„Du fragst, ob man denn bei uns alle die Anklagen gegen die Tschechoslowakei wirklich für berechtigt hält? Ein objektives Recht in diesem Sinne gibt es für uns gar nicht. Woran wir glauben, das ist das Lebens- und Ausdehnungsrecht des deutschen Volkes und der Wille des Führers, diesem Recht Geltung zu verschaffen. Politik ist letzten Endes immer auf Eroberung gerichtet. Das ist nun einmal nicht anders. Die anderen mögen sich zur Wehr setzen, wenn sie können und solange sie können. Das ist ihr Recht. Ein Deutscher aber, der die Mittel zum Zweck, die der Führer anwendet, kleinlich unter die hergebrachte Lupe nimmt, ist vom Standpunkt des Nationalsozialismus aus ein Verräter an seinem Volk und am Daseinsrecht seines Volkes.“

„Recht ist, was uns nützt!“ — das ist der leitende Grundsatz der braunen „Politiker“. Die Führer des Nazismus haben diese Gangster-Ethik auch immer hemungslos zur Anwendung gebracht. Man muss zugeben, dass sie sich auch häufig in Rede und Schrift zynisch-ehrlich zu ihrem Faustrechtsprinzip bekant haben. Die Staatsmänner mancher demokratischer Länder haben freilich derartige Bekenntnisse oft genug für „gelegentliche Eotgleisungen“ gehalten und gewissen Friedensbetuerungen des Führers solange Glauben geschenkt, bis sich Europa schliesslich in dem Zustand befand, in dem es heute einem ungewissen Schicksal entgegenhangt.

Bruno Altmann.

Gangster-Ethik Ein Nazi schreibt aus Deutschland

Auch unter den fanatischen Anhängern der pangermanischen Eroberungspolitik — oder vielmehr gerade unter ihnen — gibt es viele, die genau wissen, was von den heissen Liebesgefühlen zu halten ist, die die nationalsozialistischen Führer für das „un-

vorzugehen. Wir achten den Menschen in jedermann, der noch den Namen eines Menschen verdient. Wir werden niemals vernichten, um der Vernichtung willen, wir werden niemals enteignen um des Raubes willen. Aber wenn wir später einmal genötigt sein sollten, zum Wohle des ganzen Volkes gegen „arische“ Grossgrundbesitzer und Rüstungsverdiener Massnahmen zu ergreifen, die ihnen nicht gefallen werden, dann werden wir diesen Herrschaften raten, sich der Zeit zu erinnern, in der sie mit den Händen in den Hosentaschen der Ausplünderung der Juden zusahen und sie bitten, nicht zu zimperlich zu sein.

F. St.

Die Claque

Oesterreich ist erobert — in der Nazisprache heisst so etwas „befreit“ — und wird nun von den Eroberern, den Befreierern, nach Strich und Faden ausgeräubert. Was sich an Devisen, an Erz, Holz und sonstigen begehrten Dingen im Lande befindet, das wird ohne viel Federlesens für Rüstungszwecke vom Vierjahres-Göring konfisziert. Als Gegenleistung wird den „befreiten“ Oesterreichern die Ehre zuteil, im kommenden Krieg mitmachen und für den Führer das Leben lassen zu dürfen.

Man möge jedoch nicht so ungerecht sein zu behaupten, dass die Nazis in ihrer neuen Donaukolonie reinweg garnichts Positives, Aufbauendes und Reinigendes zu leisten willens und fähig wären. Sie haben im Gegenteil auf dem Gebiete des Wiener Kunst- und Kulturlebens bereits einen Umschwung von epochaler Bedeutung vollbracht, den die gesamte „grossteutsche“ Presse mit ehrfürchtigem Jubel zu begrüssen hatte. Sie haben nämlich den Wiener Theaterdirektoren feierlich die Beschäftigung von Claqueuren verboten. Bekanntlich herrschte an manchen Wiener Bühnen immer noch die traditionelle Unsitte, bezahlte Leute unter Publikum zu sitzen, die durch besonders häufigen Beifall oder besonders leidenschaftlich-lauten Beifall die übrigen Zuschauer zu erhöhter Begeisterung hinzureissen hatten. Solche anreisserische Methoden seien — erklärten die Nazis — eines deutschen Landes absolut unwürdig, und wehe dem Theaterdirektor, der in Zukunft zu derartigen Mitteln seine Zuflucht nehme. Punktum.

Ja, da staunt der Theaterfachmann und auch der Propagandalaie wundert sich ein wenig. Dass das Claquewesen zu verurteilen ist, steht ja ausser Zweifel. Aber dass angerechnet die Herren Goebbels und Bürckel als eine ihrer ersten Wiener Gross-taten die Beseitigung der Claque vollbringen mussten, das ist denn doch schlechthin die Höhe. Der Zufall will es, dass just in derselben Zeitung, aus der ich das Claqueverbot staunend ersah, eine Rede abgedruckt war, die der Goebbels in Wien gehalten hat. Nach jedem zweiten, dritten Satz des Herrn Werbevirtuosen brach natürlich das übliche „spontane“ Beifalls-

schauen, mit aufgeschlossenem Sinn für die neue Ausrichtung, für Kraft und Mythos des tausendjährigen Reiches.

Ringsum nahte der Frühling sichtbarlich und nicht ohne Brausen.

Bruno Brandy.

Edmund Husserl

Ueber dem Leben und Werk, das Husserl jetzt als beinahe achtzigjähriger Greis in Freiburg abgeschlossen hat, lag eine etwas paradoxe Tragik. Er war Philosoph, Schöpfer einer bestimmten Richtung der Philosophie, und doch dient eine grosse Partie seiner Bücher, besonders die „Logischen Untersuchungen“ und die „Ideen zu seiner reinen Phänomenologie“, dem Nachweis, dass die Philosophie kein Existenzrecht habe. Was man noch so nenne, sei die „Reflexion geistreicher Nichtfachleute“ und diese müsse man künftig dem Feuilleton überlassen und der allgemeinen Literatur. Nun hatte sich ein ehemals hochgeachteter Zweig der Philosophie, die Metaphysik, diese Verbannung aus der Wissenschaft schon vor Husserl gefallen lassen müssen. Man könne nicht wissen, wie die Dinge eigentlich beschaffen sind, die wir physikalisch oder psychologisch so und so bestimmen. Das lehrte Kant, das lehrten, hundert Jahre später, die Neukantianer, die Skeptiker und Positivisten. Husserl ging radikal vor. Auch die neuerdings so viel geschätzte „Axiologie“, die Lehre von den Lebenswerten, auch die Geschichtsphilosophie selbst, die Ethik und Aesthetik, seien keine richtigen Wissenschaften. Was sie herausbringen wollen, müssen die Spezial-

wissenschaften ergründen und bleibt ein Rest, so müsse man sich mit dem Ignoramus (wir wissen nicht) zufrieden geben. An die Stelle der Philosophie habe die „Phänomenologie“, die exakte Zergliederung der Bedeutung zu treten.

Grundsätzlich kann sich die Phänomenologie mit allem befassen, was es überhaupt gibt. Man muss nur darauf achten, alle Bestimmungen auszuschneiden, die historischer, psychologischer und naturwissenschaftlicher Art sind. Nicht das Dreieck mit den Beziehungen seiner Winkel und Seiten interessiert, sondern die „Idee“ Dreieck. Die Geschichte erzählt uns viel, was war und wie es kam. Was es mit der Idee Geschichte auf sich habe, das können wir nur vom Phänomenologen erfahren. Durch „Intuition“, durch „Wesensschau“ bringen wir das fertig. Sie befähigt uns, von der materiell gestalthaften Weltstruktur abzusehen und uns zu bemächtigen der Originalgestalten der Wirklichkeit. Eine besondere Gemüts- und Urteilsbildung gehört dazu und viel Bezirrkunst. Ein neuer Platonismus war entstanden.

Die Kritik hatte es leicht, hier anzusetzen. Im Grunde ist man ja doch wieder bei der alten Metaphysik, und nichts garantiert bei diesem Verfahren, dass man aus der Begriffssphäre herauskommt und in die Originalstruktur des Universums Stück für Stück eindringt. Indem sich aber, besonders bei Schülern von Husserl, die Phänomenologie mit dem Marxismus und mit einem toleranten katholischen Liberalismus (Max Scheler) verband, leistete sie in der Soziologie gute Aufklärungsarbeit.

Der Mann war würdig seines Werkes. In Ehren ein Vierundsiebzigjähriger geworden und mit hohen Ehren verabschiedet von der

Alles für die Kriegskasse

Zwangsanlagen der Sozialversicherung

Die frühere Selbstverwaltung der deutschen Sozialversicherung enthielt das Recht der Arbeiter und Angestellten, über die Verwendung der von ihnen aufgebrauchten Beiträge und Versicherungskapitalien autonom zu verfügen. Mit der Zerschlagung der Selbstverwaltung durch die Nazi-Diktatur sind die Deckungskapitalien ihrem sozialpolitischen Zweck weitgehend entzogen worden, sie werden nur noch der Machtpolitik des Dritten Reiches dienstbar gemacht. Während sonst von jeder Verordnung durch die Goebbels-Propagandamaschine ein furchtbares Geräusch verursacht wird, hat man soeben in aller Stille und ohne die übliche Presse-Verlautbarung eine „Verordnung über die Anlegung des Vermögens der Träger der Reichsversicherung“ erlassen (RGBl. v. 14. April 1938), die den letzten Schutz des Versicherungsvermögens aufhebt. Es heisst:

1. Das Vermögen der Invaliden-Angestellten- und Knappschaftsversicherung, sowie Rücklagen der Kranken- und Unfallversicherung sind bis zur Hälfte in verbrieften Forderungen gegen das Reich oder in Forderungen, die in das Schuldbuch des Reiches eingetragen sind, anzulegen.
2. Solange der Betrag nach Abs. 1 nicht erreicht ist, müssen mindestens drei Viertel des jährlichen Zuwachses in der bezeichneten Form angelegt werden.

Die Verordnung hat rückwirkende Kraft vom 1. Januar 1938.

Vor Hitlers Machtantritt war sowohl die Reichsregierung, wie jeder Versicherungs-träger an zwingende Schutzvorschriften gebunden. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Vermögensanlage bezweckten, einmal die Sicherheit der Deckungskapitalien und ihre Liquidität zu gewährleisten, zum anderen gab es eine Schutzgrenze gegen die übermässige Inanspruchnahme des Vermögens durch das Reich, die Länder und Gemeinden. Die Anlagen in verbrieften Forderungen des Reiches und der Länder durften höchstens 25 Prozent des Vermögens betragen. Inzwischen haben die Nazis mit einem sogenannten Sanierungsgesetz vom 7. Dezember 1933, einer Aufbauverordnung vom Mai 1934 und weiteren „Erneuerungsmassnahmen“ die Schutzgrenzen des Versicherungsvermögens niedriger gesetzt. Die Beschlagnahme der Kapitalien der Sozialversicherung für die Reichskriegsanleihen der letzten Jahre hatte schon gewaltige Ausmasse angenommen, bis jetzt die oben zitierte Zwangsanweisung erlassen werden musste, um nicht weniger als 50 Prozent des Deckungskapitals allein für Reichsanleihen festzulegen. Noch nicht inbegriffen sind die Millionen, die an die Länder, Gemeinden und die sogenannten öffentlich-rechtlichen Körperschaften für Obligationen oder Darlehen gegeben werden müssen.

Um die katastrophale Bedeutung dieser Massnahme ermassen zu können, muss man wissen, in welcher riesigen Summen die Sozialversicherung seit 1933 bereits zur Finanzierung des künftigen Krieges herangezogen worden war.

Die Invalidenversicherung hatte die sogenannte „Sanierung“ mit dem hier mehrfach berichteten brutalen Rentenabbau 1934 durchgeführt. Die I. V. hatte 1932 insgesamt 921 Mill. RM. Die Beitragseinnahmen hatten sich in derselben Zeit von 642 auf 1044 Mill. RM. gesteigert. Bei solcher „Sanierung“ konnte die Reichskriegskasse munter abschöpfen. Während 1932 nur 13,1 Prozent vom Reinvermögen zu Gunsten des Reiches und der Länder angelegt worden waren, war der Prozentsatz 1935 schon auf 24,6 Prozent gestiegen. Vom Einnahmeüberschuss 1936 (329 Mill. RM.) wurden nach amtlichen Mitteilungen vier Fünftel in Reichsanleihen angelegt. Im Jahre 1937 war der Überschuss 414 Mill. RM., der zu drei Vierteln in Anleihen des Reiches und der Länder „zurückgelegt“ worden ist.

Das sind in den beiden letzten Berichtsjahren 575 Mill. RM. Zuwachs an Reichs- und Länderanleihen. Der Bestand von 1935 war 411 Mill. RM. Das heisst, dass die Landesversicherungsanstalten der I. V. bei einem Gesamtbestand an Wertpapieren von 1152 Mill. RM. 986 Mill. RM. Forderungen an das Reich und die Länder hatten. Die Invalidenversicherung hat die neuesten verordneten 50 Prozent schon bald erreicht, denn das Reinvermögen beträgt 2300 Mill. RM.

Am schärfsten haben die Vierjahres-Pläne der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte für den Kriegsschuldendienst des Reiches angespannt. Die Angestelltenversicherung verfügt über rund die Hälfte des Gesamtvermögens aller Versicherungs-zweige. Sie erhebt hohe Beiträge und hat als verhältnismässig junge Versicherung noch geringe Rentensummen aus-zuzahlen. Ausserdem liegt es in der ver-

änderten Betriebsstruktur der modernen Grossbetriebe begründet, dass die Zahl der Angestellten weitaus stärker ansteigt, als die der manuellen Arbeiter. Die A. V. musste seit 1933 nicht nur grosse Beträge an Reichsanleihen, sondern auch grosse Posten von Wertpapieren aus Reichsbesitz käuflich übernehmen. Darüber hinaus ist die Anstalt mit grossen Darlehen an die Finanzierungsinstitute des Reiches engagiert. Von 1924 bis 1932 betrug der Gesamtwert an Neuanlagen in Wertpapieren 580 Mill. RM. von 1933 bis 1935, d. h. in nur drei Jahren, rund 300 Mill. Vom Vermögen der RFA waren angelegt in:

	1935	1936
Darf. an Reich u. Länder	228.453 Mill.	417.595 Mill.
Darf. an öff.-rechtl. Körpersch.	119.062 Mill.	287.829 Mill.

447. 417 Mill. 695.424 Mill.

An Wertpapieren hatte die Anstalt 1936 rund eine Milliarde Reichsmark, wobei die Reichs- und Länderanleihen einen wesentlichen Anteil ausmachen dürften. Einen näheren Einblick gibt die Vermögensaufstellung von 1937. Danach verfügte die RFA über folgende Werte:

Anleihen des Reiches	429 Mill. RM.
Anleihen Reichsbahn und Post	371 Mill. RM.
Anleihen der Länder	37 Mill. RM.
Darlehen an das Reich	298 Mill. RM.
Darlehen Reichsbahn und Reichswaldbahn	159 Mill. RM.
Darlehen an die Länder	172 Mill. RM.
Darlehen an Kreditanstalten der Länder	166 Mill. RM.

1579 Mill. RM.

Das sind nur diejenigen Bilanzposten, bei denen Reich und Länder als Schuldner offen erkennbar sind. Die Angestelltenversicherung verfügte Ende 1937 über ein Gesamtvermögen von 3396 Mill. RM., davon nicht weniger als

1579 Mill. RM. Forderungen an Reich und Länder.

Der Wert der im Eigentum der Krankenkassen befindlichen Wertpapiere zeigt im amtlichen Ausweis für 1936

Reichsanleihen	15.439 Mill. RM.
Staatssanleihen	22.172 Mill. RM.

Das Antreibersystem Göring ahmt Stachanow nach

Würde das Dritte Reich es nicht mit der Vorbereitung des künftigen Krieges so eilig haben, würde es nicht den Ehrgeiz haben, alle Welt im Wettrennen zu überflügeln, dann gäbe es nicht den katastrophalen Mangel an geschulten Arbeitskräften. Da der Führer seine Machtziele nicht preisgeben will, darf unter dem Mangel an Arbeitskräften die Aufrüstung unter keinen Umständen leiden. Daher ist man nach Kräften bemüht, den Mangel an Menschen durch intensivste Ausbeutung der vorhandenen Arbeitskräfte auszugleichen. Göring will, dass die Produktion bis zur Vervollständigung der Autarkie gesteigert werde, er will aber auch, dass dabei das Kapital herausgewirtschaftet wird, das man zur Finanzierung der kostspieligen Ersatzindustrien benötigt. Deshalb soll nach Möglichkeit die technische Rationalisierung durch Rationalisierung der Ausbeutung menschlicher Arbeitskräfte ersetzt werden. Daher ist man eifrig dabei, neue Antriebsmethoden ausfindig zu machen.

Das Akkordsystem ist bei der Arbeiterschaft von jeher verhasst. Wer kennt nicht den Spruch: Akkord ist Mord! In Görings Reich macht man sich das Widerstreben der Arbeiter gegen dieses Antreibersystem zu Nutze. Die Akkordarbeit soll „überwunden“ werden, aber nicht um die Arbeitsetze, die im Stücklohnsystem liegt, zu beseitigen, sondern um sie durch einen noch brutaleren Zwang zu verschärfter Arbeitsanspannung zu ersetzen. Im „Völkischen Beobachter“ vom 25. November 1937 wurde die Ersetzung des Akkordlohnes durch eine Art Stachanowsystem, die Umstellung vom Akkordlohn auf den Leistungslohn empfohlen. Der Akkordlohn soll durch Stundenlohn ersetzt, die Arbeitszeit je Stück genau berechnet, und es sollen Zuschläge für Unterschreitung der Arbeitszeit bezahlt werden, deren Höhe sich richtet nicht nur nach der Menge der Arbeitsprodukte, sondern auch nach ihrer Beschaffenheit, der technischen Begabung des Arbeiters, seinem Fortbildungsstreben usw. Diese Methode wird in der „Deutschen Arbeiterkorrespondenz“ vom 4. Februar 1938 als „deutsche Rationalisierung“ ge-priesen. Sie wird in einer grossen Reihe von deutschen Betrieben, bereits angewendet. Die Darstellung in den „Deutschland-Berichten“ der S. P. D. 1938 Nr. 3 und die dort veröffentlichten Berichte vermitteln „in sehr anschauliches Bild von der Konsequenz, mit der man im Dritten Reich die menschliche Arbeitskraft bis zur Erschöpfung ausnützt. Der Zweck der neuen Aus-

(für 1937 sind die Zahlen nicht zu beschaffen), also weitere

67.591 Mill. RM. Forderungen an Reich und Länder.

Die Knappschafts- und die Unfallversicherung dürften erst im kommenden Berichtsjahre vom Reich gemolken werden. Mit dem Anschwellen der Reichsanleihebände in den Kassenschränken der Invaliden- und Angestelltenversicherung läuft parallel der Rückgang der für den gemeinnützigen Wohnungsbau bereit gestellten Kapitalien. Wir haben schon früher berichtet, dass die sogenannte Arbeitslosenversicherung von ihrer Jahreseinnahme in Höhe von 1,6 Milliarden RM. für den Versicherungszweck noch nicht ein Drittel verwendet, rund eine Milliarde fliessen pro Jahr der Reichskriegskasse zu.

Die Rentenversicherung und die Krankenkassen allein sind bisher gezwungen worden

2,6 Milliarden zugunsten von Reich und Länder

aus dem Deckungskapital der versicherten Arbeiter und Angestellten bereit zu stellen. Diese drei Versicherungszweige verfügen einschliesslich ihrer Gebäude, Einrichtungen usw. über ein Gesamtvermögen von 6,5 Milliarden RM. Da die neueste Verordnung die Hälfte der Rücklagen für die Finanzierung der Expansionspolitik des Dritten Reiches anfordert, so müssen schleunigst noch einige hundert Millionen abge-saugt werden. Es wird nicht mehr lange dauern. Ob die heutigen Beitragszahler der-einst ihre woblervorbene Alters- oder Invalidenrente noch ausgezahlt bekommen können, ist zweifelhaft, aber dafür können die Versicherten den Maltauf vom Ley lesen und sich daran satt machen:

„Das Leben im nationalsozialistischen Deutschland ist schöner geworden. Der deutsche Frühling ist angebrochen. — Der Mai ist gekommen.“ S. A.

beutungsmethoden ist einen erhöhten Zwang zur Leistungssteigerung zu schaffen. In den neuen Tarifordnungen begnügt man sich vorläufig damit, das Akkordsystem durch Verschlechterung früherer Akkordbedingungen zu „überwinden“ und dadurch einen erhöhten Zwang zur Leistungssteigerung zu schaffen.

Als Akkordbasis galt früher meist der Stundenlohn, als Akkordrichtsatz ein Akkordverdienst von 10 bis 20 Prozent über dem Stundenlohn. Früher hatten die Arbeiter die Möglichkeit, sich gegen un-gerechtfertigte Festsetzung der Akkorde zu wehren, weil hinter ihnen eine Organisation stand, die ihre Interessen schützte. Heute steht diese Möglichkeit allenfalls auf dem Papier. In höherem Masse als früher sind heute die Löhne politische Löhne. Die heutige Tarifpolitik ist nicht nur ein Mittel der Gewinnsicherung für die Kriegs-industrie, sie ist vor allem ein Instrument im Dienste der wirtschaftlichen Mobilma-chung. Die Tarifpolitik wird von Göring bestimmt und auf sein Kommando einheitlich ausgerichtet. Früher sah man darauf, dass die Akkorde so festgesetzt wurden, dass möglichst alle Arbeiter den Akkord-richtsatz verdienen konnten. Im Dritten Reich ist das anders geworden. In der Mehrzahl der Tarifordnungen war auch bisher schon bestimmt, dass der Akkord-satz schon dann als richtig gilt, „wenn die betreffende Gefolgschaftsgruppe im Durch-schnitt den Akkordrichtsatz verdient“. Der Akkord durfte also so errechnet werden, dass er von einem Teil der Belegschaft nicht erreicht werden konnte. In der letzten Zeit ist eine weitere Verschärfung ein-getreten. In fast allen neuen Tarifordnungen, die Bestimmungen über Akkordlöhne enthalten, ist festgesetzt, dass nur ein bestimmter Prozentsatz der Akkordarbeiter den Akkordrichtsatz erreicht zu haben braucht, damit der Akkord als richtig gelten kann. Die Bedingungen des Lohn-tarifs gelten als erfüllt, wenn den Akkordricht-satz erreichen in der Berliner Wäsche-industrie 80 v. H., in den niederrheinischen Webereien 70, in der Textilindustrie des Kreises Kempen in Westfalen 60, in der Textilindustrie von München-Gladbach und Rheydt 70, und Wuppertal-Elberfeld 80, in der Eisen-, Metall-, und Elektro-industrie Westfalens 75 Prozent. Das bedeutet Lohnabbau für die weniger leistungsfähigen Arbeiter, gewaltige Mehranspannung für die leistungsfähigeren, in jedem Fall eine Differenzierung der Arbeitsbe-dingungen, die zugleich die Interessen der Arbeiter differenziert und ihren Willen zum kollektiven Widerstand gegen weitere Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse schwächen soll. Es ist der Druck der Not,

der die Arbeiter zwingt, ihre Kräfte im Dienste der Kriegsvorbereitung verbrauchen zu lassen.

Christlicher Protest Die christliche Internationale und Österreich

Der Internationale Bund der Christlichen Gewerkschaften hat in Einhaltung des katholischen Grundsatzes, dass „die Staatsbürger die Freiheit haben sollen, sich zusammenzuschliessen und sich die Statuten und Reglemente zu geben, die dem Zweck, den sie verfolgen, am angemessensten erscheinen (Rundschreiben des Papstes Leo XIII), die Einheitsgewerkschaft des nunmehr von Hitler gleichgeschalteten „katholischen Ständestaates“ nie aufgenommen habe. Die Christliche Internationale legt nun auch nach dem Zusammenbruch in Oesterreich eine dogmatische Festigkeit an den Tag, die in dieser Welt der Prinzipienlosigkeit Erwähnung verdient, um so mehr, als die obersten Instanzen der Katholischen Kirche eine mehr als schwankende und opportunistische Haltung einnehmen. Eine am 21. April in Marseille abgehaltene Vorstandssitzung der Christlichen Internationale hat sich mit der Lage in Oesterreich befasst und sagt in einer offiziellen Mitteilung, dass die Ereignisse in Oesterreich „eine schmerzliche Niederlage des Rechts und einen Triumph der rohen Gewalt darstellen“.

„Die Arbeiterschaft der ganzen Welt ist tief betrübt über diesen Fortschritt eines Regimes, das den Arbeitnehmern nichts als eine Beraubung ihrer Rechte und Freiheiten gebracht hat. An der in Oesterreich bestehenden Lage war manches zu rügen. Sie entsprach nicht jener lebenswichtigen Forderung der Gewerkschaftsfreiheit, die der internationale Kongress der christlichen Gewerkschaften im September 1937 in Paris einmal mehr zum Ausdruck brachte; doch durfte die österreichische Arbeiterschaft auf eine allmähliche Wiedereinsetzung ihrer Freiheiten rechnen. Jetzt aber ist sie einem Regime unterworfen, das für den Arbeiter nur ein Recht kennt: zu gehorchen und ausgebeutet zu werden“.

Deportation. Von Wien aus ist der erste Zug mit österreichischen Zwangsarbeitern für die deutsche Landwirtschaft nach Halle und Magdeburg abgegangen. Die Zwangsarbeiter werden in Lagern untergebracht werden. Es handelt sich nach den Berichten der Nazipresse um Industriearbeiter, die noch niemals in der Landwirtschaft gearbeitet haben.

An die Bezieher des
Neuen Vorwärts!
Wir bitten, Zahlungen nach
Paris zu leisten auf
Postscheck-Konto
Neuer Vorwärts Paris 885.04

Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1,50 Frs (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern).

Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Tschechoslowakei Kr. 1,40 (18.—), Danzig Gulden 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3.—), Estland E. Kc. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lit. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,30 (4,20), Palästina P. Pf. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,30 (4,20), USA 0,08 (1.—).

Einzahlungen können erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Praga 46 142. Polen: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Warschau 194 79. Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14 697. Rumänien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Bukarest, Konto „Neuer Vorwärts“, Bukarest Nr. 2688. Ungarn: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“ Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51 005. Genaue Zeichnung der Konten ist erforderlich.